

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zelter Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7305.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Pettizeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 31.

Sonnabend, den 5. August 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Ein gutes Erntejahr. II. — Eine Friedensdemonstration. — Die gelötigten Arbeiter in der Großindustrie. II. — Der Stand der Tarifverhandlungen in der Oberlausitz. — Aus dem Löwenberger Steinbruchgebiet. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Dichtung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Lohnarbeiterschaft soll sich daran gewöhnen! — Die gewerblichen Erkrankungen der Arbeiter. — Korrespondenzen. — Der große Kampf. — Literarisches. — Feuilleton: Bilder aus dem Gegenwartstaat.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Höchst (Odenwald): Die Firma Adam Igel. — Pirna: Mühlensteinbetrieb Israel. — Hausberge und Kettelstädt: Firma M. Michelsohn. — Kirchberg (Sa.): Die Firmen Berthold u. Bräukner. — Jena: Sämtliche Kalksteinbrüche. — Döhlenfurt: Wertplatz Krämer.

Nördlingen. Bei der Firma Bette in Nördlingen und Detting stehen die Kollegen in Lohnbewegung.

Randersacker. Die Sperre bei Steinmetzmeister Franz Schliermann ist aufgehoben. Die Firma verpflichtet sich, in Zukunft den Bezirkstarif strengstens einzuhalten.

Kleinrindersfeld. Die Differenzen bei der Firma Zeidler sind beigelegt. Eine minimale Lohnaufbesserung für die Brecher und Kollierer wurde zugestanden.

Stuttgart-Seebach. Bei der Firma Thiele, Seebach, werden Granitstufen für das Stuttgarter Hoftheater angefertigt, die nicht nach Tarif zu berechnen sind. Ueber den von der Firma gebotenen Preis kam es mit der Firma zu keiner Verständigung. Die Stufen sollen jetzt in Stuttgart am Hauptplatz angefertigt werden. Die bisher dort beschäftigten Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist gesperrt.

Wiesbaden. Wegen Nichtanerkennung der bescheidenen Forderungen sind die hiesigen Kollegen in Streik getreten.

Sahr. Platz Müller wegen Lohnreduktion gesperrt.

Mühlheim (Ruhr). Bei der Firma Rau sind die Kollegen wegen Lohnminderungen am 1. August in den Streik getreten.

Petersdorf (Riesengebirge). In das hiesige Granitgebiet ist Zugang zu unterlassen.

Sommern. Firma 665 Marmorsteinarbeiter haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer eine zehnprozentige Lohnzulage ablehnten und auf Eingaben des Verbandes nicht reagierten. 500 Mann sind abgereist. Zugang muß streng ferngehalten werden.

Strehlen, Niklasdorf, Gorkau, Ströbel und Quastau. Die Marmorsteinarbeiter der Firmen A. Schall, Bölker und Nikolai haben eine Tarifvorlage eingereicht. Es wurden früher im Winter die Löhne gekürzt, das soll nun vermieden werden; weiter wird arbeiterseits gewünscht, daß die Prämien befristet werden. Die Firmen haben bereits mit den Arbeiterausschüssen verhandelt; ein Verbandsvertreter wurde nicht zugelassen. Dieses Verhalten der Unternehmer hat unter der Arbeiterschaft allgemein verknüpft. Auf alle Fälle ist Zugang nach den genannten Orten unter allen Umständen zu vermeiden. — Die Firmen Schall, Bölker und Nikolai übernehmen viele kommunale und staatliche Arbeiten, Tarifverträge aber wollen sie nicht abschließen.

Bede-Brümmersbach (Rhld.). Die Marmorsteinarbeiter stehen im Streik. Ein großer Teil der Kollegen ist abgereist.

Höchst (Odenwald). Die Firmen Grimm und Jakob Igel haben den vorgelegten Tarif anerkannt.

Dortmund. Im Kunststeinwerk Schroer wurde nach kurzer Arbeitseinstellung folgendes erzielt: Sofortige Stundenlohn-Erhöhung um 3 Pfg., eine weitere Erhöhung um 2 Pfg. tritt im Jahre 1912 ein.

Münster. Der Streik ist mit Erfolg beendet. Erreicht wurde eine Lohnreduktion von 3 bis 5 Pfg. pro Stunde. Zum ersten Male wurde mit den Unternehmern ein Tarif für das Steinmetzgewerbe abgeschlossen.

Mühlheim-Brosch (Ruhr). Die bei der Firma Rau beschäftigten Steinarbeiter haben wegen Lohnminderungen ihre Kündigung eingereicht; die Verhandlungen wegen einer friedlichen Beilegung und Abstellung der Mißstände verliefen resultatlos. Der Betrieb ist gesperrt.

Oberstreit. Hier sind Tarifverhandlungen im Gange.

Schwelmer. Wegen Lohnminderungen ist Zugang nach hier fernzuhalten.

Siefress. Die sachlich geführten Verhandlungen führten zum Abschluß der Lohnbewegung. Die Forderungen der Kollegen wurden zum großen Teil anerkannt und

erfolgen somit Erhöhungen für im Afford beschäftigte Steinmetzen und Pfasterer. Auch die Stundenlöhne der Schmiebe, Brecher und Hilfsarbeiter werden erhöht. Hoffentlich machen uns die beiden Firmen Haberstumpf keine Beschwerden und erkennen den Tarif und die Erhöhungen an.

Demitz-Thumitz. Der Steinmetztarif für die Oberlausitz wurde nun endlich am 31. Juli in der Kommissionsberatung erledigt. Die Unternehmer schlagen eine dreijährige Tarifdauer vor, welche aber von den Arbeitern in sachlicher und bestimmter Weise bekämpft wurde. Es ist zu erwarten, daß in der Unternehmerversammlung der Standpunkt der Arbeiterschaft Berücksichtigung finden wird. Für die Speller (Brecher), Pfastersteinmacher und Hilfsarbeiter beginnen die Verhandlungen in der kommenden Woche.

Im Mischelkalksteingebiet (Kirchheimer und Döhlenfurter Gebiet) ist die Arbeitsgelegenheit für Steinmetzen äußerst gering. Ein großer Teil der ansässigen Leute, besonders im Döhlenfurter Bezirk, ist arbeitslos. Im Kirchheimer Gebiet müssen die Steinhauer fortgesetzt auf Rohmaterial warten. Steinmetzen in anderen Gebieten werden im eigenen Interesse gewarnt, in besagtem Gebiet in Arbeit zu treten.

Bohwinzel (Rheinland). Die in dem Betriebe der Firma Homann-Werke beschäftigten Marmorarbeiter haben am 1. August die Arbeit wegen Lohnminderungen niedergelegt, eingeleitete Einigungsverhandlungen verliefen resultatlos. Zugang nach Eberfeld-Bohwinzel ist fernzuhalten.

Deisterreich. Gesperert sind: Schwarzbrenn, Kohlstadt, Kaffersdorf, Aulzig, Kolomea, Drohobocz, Laibach, Mühlendorf, Friedeberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Seebach und Schwarzwasser.

Budapest. Die Lage ist hier noch unverändert und ist noch keine Aussicht auf eine Beendigung der Bewegung. Bis jetzt konnten 173 Kollegen auswärts beschäftigt werden; die Zahl der Ausgesperreten ist noch 630.

Ein gutes Erntejahr.

II.

7. Gau: Köln.

Bis zum Jahre 1906 waren in den Zahlstellen des 7. Gaues nur in den Orten Köln und Erier tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Grund, warum nicht schon in früheren Jahren dem Abschluß von Tarifen in den einzelnen Orten Beachtung geschenkt wurde, lag daran, weil die Organisationsverhältnisse viel zu wünschen übrig ließen.

Düsseldorf. Die Firma Harzheim betreibt hier ein größeres Marmorwerk. Zu Anfang Januar wurde eine Arbeitsordnung erlassen, welche unannehmbare Bestimmungen für die dort beschäftigten Arbeiter enthielt. Herr Harzheim verlangte von den Arbeitern die Anerkennung der Arbeitsordnung, was dies nicht tun wollte, der sei entlassen. Durch Verhandlungen gelang es, eine Einigung zu erzielen, die beanstandeten Paragraphen wurden anders gefaßt, auch versprach Herr Harzheim, nach dem Düsseldorf Marmorarbeitsvertrag zu bezahlen. Nach einem Streik von 5 Tagen war die Einigung erzielt worden.

In **Geilenau** bei Waldmühlstein legten die dort beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder, durch Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt. Hier ist zu bemängeln, daß man die Ankunft des Gauleiters nicht abwartete, sondern direkt die Arbeit niedergelegte. Die Differenzen dort hätten auch ohne Streik erledigt werden können.

Blombacherbach. In dem Steinbruchbetrieb der Firma Dahlmann gelang es durch Verhandlungen für die dort beschäftigten Steinmetzen eine Erhöhung der Affordpreise zu erzielen, auch wurde der Stundenlohn der Hilfsarbeiter im Steinbruch um 3 bis 5 Pfg. erhöht.

Koblenz. Am 1. April war der Tarif abgelaufen, die Kollegen hatten frühzeitig einen neuen Vertragsentwurf eingereicht, aber alle Verhandlungen über einen friedlichen Abschluß verliefen resultatlos. Die Kollegen traten in den Streik, der nach vierwöchiger Dauer mit Erfolg beendet wurde. Erreicht wurde eine Lohnreduktion von 5 Pfg. pro Stunde und für die Affordpositionen eine Erhöhung um 8½ Prozent.

Dortmund. Da bei der Firma J. B. Schroer, welche in Dortmund ein Kunststeinwerk betreibt, die Löhne der dort beschäftigten Steinmetzen niedriger sind als bei den meisten andern Firmen, so sollte der Versuch gemacht werden, an die Firma mit einem Schreiben heranzutreten und um Aufbesserung der Löhne zu ersuchen. Da neben den freigelegten Stempeln und Hilfsarbeitern auch einige Hilfsarbeiter dem Christlichen Keramik- und Steinarbeiterverband angehörend und auch versucht werden sollte, für diese Arbeiter eine Lohnreduktion zu erreichen, so wurde der Vorstand der Christen zu den Beratungen der aufzukommenden Forderungen für diese Arbeiterkategorie herangezogen. Leider wurde dem Unternehmer von einem christlichorganisierten Arbeiter von der Lohnbewegung Mitteilung gemacht, so daß die Kollegen von einer ernsthaften Aktion Abstand nehmen mußten.

(Nachschrift vom 22. Juli. Die Kollegen bei Schroer haben nun doch ihre Lohnbewegung mit Erfolg durchführen können. Die Stundenlöhne wurden sofort um 3 Pfg. ab 1912 um weitere 2 Pfg. erhöht. Um dieses zu erreichen, mußte allerdings auf kurze Zeit die Arbeit niedergelegt werden.)

Kupferdreh (Westfalen). Den in dem Kunststeinwerk beschäftigten Steinmetzen gelang es durch Verhandlungen ohne Streik die Lohnbewegung siegreich zu beenden. Erreicht wurde

eine Lohnreduktion von 5 Pfg. pro Stunde, die Vereinbarung, die mit der Firma abgeschlossen wurde, hat zwei Jahre Gültigkeit.

Gelsenkirchen. Da bisher hier noch kein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis bestand, so wurde Anfang April den Unternehmern zu Gelsenkirchen, Rothhausen und Wattenscheid eine Tarifvorlage eingereicht. Die eingeleiteten Verhandlungen brachten kein befriedigendes Resultat, so daß die Kollegen am 19. April in den Streik traten. Nach sechsständigem Streik kam eine Einigung zustande, eine Firma hatte schon vorher bewilligt. Der Lohn der Steinmetzen wurde um 8 Pfg. pro Stunde erhöht, derjenige der Marmorarbeiter um 5 Pfg., der Tarif gilt bis 1. April 1912. Durch den Abschluß wurde auch erzielt, daß jetzt in dem Gebiet von Gelsenkirchen und Umgegend einheitliche Verhältnisse geschaffen wurden.

Bede (Rheinland). Hier und in der Umgegend befinden sich große Grauwackesteinbrüche, deren Inhaber Pflastersteinmaterial produzieren. Schon vor zwei Jahren machten die dort beschäftigten Arbeiter den Versuch, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertraglich festzulegen. Es wurde auch damals ein kleiner Erfolg erzielt, aber zu einem Tarifabschluß kam es nicht. Verschiedene Verhandlungen über den eingereichten Tarif brachten keine Einigung und die Kollegen traten in den Streik.

Als erfreulich ist es zu bezeichnen, daß von 126 in den Streik getretenen Kollegen schon in der ersten Woche circa 100 Kollegen abreißen oder in der Umgegend untergebracht werden konnten. Der Streik dauert nun schon zehn Wochen, hoffentlich können wir bald von einem günstigen Abschluß berichten.

Bredenscheid bei Sprockhövel. Hier wird von der Firma Schlitt ein Marmorsteinbruch betrieben. Beschäftigt sind neben einigen deutschen Kollegen fast durchweg Italiener, von denen nur wenige organisiert waren. Von dem Firmeninhaber wurden Lohnabzüge angefordert, als die verlangte Zulage nicht erfolgte, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Nach kurzem Streik zog die Firma die angekündigten Lohnabzüge zurück.

Neuwied a. Rh. Da hier die Lohnverhältnisse der in den Grabstein- und Marmorbetriebe beschäftigten Steinmetzen und Schleifer geringe waren, so reichten die Kollegen an die beiden Firmeninhaber ein Schreiben um Aufbesserung der Löhne ein, es gelang aber nur bei einer Firma, den Lohn um 5 Pfg. pro Stunde zu erhöhen. Da die Kollegen bei der andern Firma leider nicht alle organisiert waren, so konnten keine Gegenmaßnahmen seitens der Organisation unternommen werden.

Sprockhövel. Bei der Firma Vogel legten die Kollegen die Arbeit nieder, weil der Unternehmer sich weigerte, den Stundenlohn wie die andern Firmen von 60 Pfg. zu bezahlen. Die Kollegen lösten das Arbeitsverhältnis und traten anderweit in Arbeit. Die Sperre, welche über den Betrieb verhängt wurde, wirkte so, daß der Unternehmer nach kurzer Zeit sich bereit erklärte, den Lohn von 60 Pfg. zu bezahlen.

Münster i. W. Um auch hier den in den Grabsteinbetriebe und Werkstätten für innere Kirchenbauten beschäftigten Kollegen eine gleichmäßigere Entlohnung zu ermöglichen, reichten die Kollegen am 10. Juni einen Tarifentwurf ein. Da auch christlich organisierte in Frage kommen, so wurde die Bewegung gemeinschaftlich unternommen. Alle Verhandlungen, die gemacht wurden, um den Abschluß des Vertrages in gütlicher Weise zu erledigen, verliefen resultatlos, so daß die Kollegen am 2. Juni in den Streik traten.

Dann sei noch der Lohnbewegung in der Basaltindustrie zu **Magen** und Umgegend gedacht. Da der Tarif für das Basaltgewerbe, welcher im Vorjahre von dem katholischen Arbeiterverein (Fachabteilung) und dem Christlichen Keramik- und Steinarbeiterverband abgeschlossen, im Frühjahr abließ, so wurde auch unsererseits der Versuch gemacht, ob es nicht möglich sei, daß auch eine Kommission unseres Verbandes an den Verhandlungen teilnehmen könnte. Der Vorsitzende, Kollege Braun, schrieb in diesem Sinne an den Zentralvorstand des Christlichen Verbandes einen Einschreibebrief, er erhielt aber von Herrn Lehner keine Antwort!

Von dem erzielten Resultat betreffs des neuen Tarifabschlusses sind die Kollegen wenig erbaut, es ist das auch kein Wunder, denn die Lebenshaltung der dortigen Arbeiter wird immer teurer infolge der Wirkungen des Inflation und der noch mangelnden neuen Steuerbelastung. Hoffentlich sind bei Ablauf des jetzt abgeschlossenen Tarifs die dortigen Berufskollegen so stark in unserm Verbandsorganisiert, daß wir ein ernsthaftes Wort über die Neugestaltung des Vertrages mitreden können.

8. Gau: Mannheim.

Der schwere Kampf im **Heppenheim** Granitgebiet hatte leider den von den Kollegen erhofften Erfolg nicht. Die von den Unternehmern beabsichtigte Einführung der Affordarbeit für Stößer und der damit bedingten Verschlechterung für die Kollegen konnte nur zum Teil abgewehrt werden.

Reichenbach. Der mit der Firma Deutsche Steinindustrie geführte schwere Kampf mußte nach 23 wöchentlicher Dauer leider abgebrochen werden. Der Firma war es gelungen, ihre notwendigen Arbeiten von einer andern großen Firma des Gebietes hergestellt zu bekommen. Erreicht wurde leider nichts.

Ober-Mörlen. Schon mehrfach hatten die Kollegen den Versuch unternommen, einen Tarif zustande zu bringen. Die Konjunktur war jedoch immer bisher nicht dazu angetan, dieses erreichen zu können. Endlich dieses Jahr gelang es ihnen, mit den Unternehmern von Friedberg und Bad Nauheim einen Tarifvertrag mit einigen Lohnverbesserungen abzuschließen.

Darmstadt. Die Zahlstelle war noch in den ersten Monaten in diesem Jahre sehr schwach, bis endlich im März Leben hinein kam. Die unmittelbar infolge einer guten Konjunktur eingeleitete Lohnbewegung führte zu dem Erfolg, daß ein Tarifvertrag mit einer 3 Pfg. Stundenlohnaufbesserung und noch einigen anderen kleinen Ergründungen abgeschlossen werden konnte.

Frankfurt a. M. Obwohl daselbst ein allgemeiner, für alle Sandsteinbetriebe gültiger Tarifvertrag noch nicht besteht, haben die dortigen Kollegen auch in diesem Jahre kleine Lohn-

verbesserungen erzielt. Bei der Firma Holzmann konnte der Stundenlohn um 8 bzw. 5 Pfg. erhöht werden.

Höchst i. C. Auch in diesem Gebiet mit seinen ungeheuerlich niedrigen Löhnen wurde vor einiger Zeit der erste Schritt zur Schaffung eines geregelten Tarifvertrags-Verhältnisses getan. Wenn es uns da auch noch nicht möglich war, wesentliche Lohnaufbesserungen zu erzielen, so ist es uns durch Abschluß eines Vertrages gelungen, Ordnung in das Lohnverhältnis zu bringen.

Mannheim. Für die Marmorarbeiter erfolgte vor einiger Zeit mit den Unternehmern (ausgenommen die Firma Schachenmühle, bei der unsere Kollegen sich noch um die Anerkennung des Tarifs im Streit befinden) ebenfalls ein neuer Tarifabschluß. Dieser Tarifvertrag kann ohne Uebertreibung als ein ganz erfreulicher Fortschritt auf dem Wege der Lohnaufbesserung für die betreffenden Kollegen bezeichnet werden.

Auch war es in einigen Bahnhöfen möglich, ohne Tarifvereinbarungen zur Verbesserung des Lohnes mit den Unternehmern treffen zu können. Außerdem befinden sich die Kollegen von Wiesbaden im Streit wegen nichtgewährter Lohnaufbesserung.

9. Gau: Karlsruhe.

Der Unternehmer Herr B. B. B. B., Stuttgart, hat in allen Gegenden größere oder kleinere Betriebe, u. a. auch in Schw.-Hall und Weinsberg. Das diesjährige gemeinsame Vorgehen der maßgebenden Betriebe in Schw.-Hall und Weinsberg führte nach nur dreitägiger Arbeitsniederlegung zum erstmaligen Abschluß eines Stundenlohnvertrages nach Art der in den umliegenden Bahnhöfen schon länger gültigen Verträge mit einem Stundenlohn von 54 bis 60 Pfg.

In Neuenstein wurde der bisherige Vertrag mit Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pfg. verlängert. Die Erneuerung vollzog sich auf friedlichem Wege.

Der Unternehmer W. K. B., mit dem wir einen Tarifvertrag für Garnberg abgeschlossen haben, hatte sich geweigert, für seinen Weinsberger Betrieb den von uns mit B. B. B. abgeschlossenen Vertrag anzuerkennen. Erst das entschiedene Auftreten der Kollegen ließ es ihm ratfam erscheinen, den Vertrag anzuerkennen.

Der Straßburger Sandsteinarbeitertarif wurde nach langwierigen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Kommissionen mit wesentlichen Verbesserungen für die Kollegen zum Abschluß gebracht. Des weiteren wurde der Tarifvertrag in seinem ganzen Aufbau geändert und die einzelnen Positionen in neuer logischer Reihenfolge aneinandergereiht.

Für Sulzfeld hatten wir bisher nur ein Vertragsverhältnis mit drei Firmen. Bei der Erneuerung dieser am 1. Mai ablaufenden Verträge war es unser Hauptbestreben, dieselben auf sämtliche Unternehmer auszuweiten. Dank der jetzt günstigen Organisationsverhältnisse und der günstigen Konjunktur wurde dies Ziel vollkommen erreicht. Der Haupterfolg dieses Abschlusses liegt in der Umfassung sämtlicher Unternehmer durch den Vertrag, da die seither nicht dem Vertragsverhältnis angehörenden Meister wesentlich niedrigere Löhne zahlten als die Vertragsfirmen.

Die bedeutendste Bewegung war die in Verdingen, Sternfels und Kärnbach. Dort bestanden bisher mit jedem Unternehmer besondere Verträge. Durch unsere Kündigung der Verträge sollte neben der Erhöhung der sehr minimalen Stundenlöhne auch Einheitlichkeit für alle Verträge erzielt werden. Die Unternehmer gingen allen Verhandlungen aus dem Wege, so daß es zu einem hartnäckigen siebenwöchigen Kampfe kam, der mit der Anerkennung unserer entscheidenden Forderung und einer Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg. endete.

In Erberg (Badischer Schwarzwald) liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Kappelroeder Granitgebiet. Als ärgster Mißstand wurde von den Arbeitern das Fehlen bestimmter geregelter Zahltag empfunden. Im Vertrag wurde deshalb der 14tägige Zahltag festgelegt. Im übrigen war der Vertrag, der von uns vorgelegt wurde, der für Kappelroeder gültige. Nach langwierigen Verhandlungen, die mit jedem Unternehmer gesondert geführt werden mußten, kam es zur allgemeinen Anerkennung des Vertrages. Im ganzen stellt dieser Vertrag einen schönen Erfolg der jungen italienischen Organisation dar.

Mit den Syenit-, Granit- und Marmorwerken Rupp u. Müller in Karlsruhe wurde zum erstenmal ein umfangreicher Akkordvertrag für Dauer und Schleifer zum Abschluß gebracht. An Stelle der bisher von den Vorarbeitern gehandhabten Akkordsätze, die nach Jahreszeit und Person wechselten und den meisten Arbeitern unbekannt waren, sind jetzt tariflich festgelegte Sätze getreten, die jeden Arbeiter eine Kontrolle seines Verdienstes ermöglichen.

In Offenburg war der im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag unverändert geblieben. Die von uns vorgenommene Kündigung desselben bezweckte eine Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pfg. Die bisherigen Vertragsunternehmer stimmten dem, wenn auch nicht ohne Sträuben, zu.

Konstanz am Bodensee gehört zu den wenigen älteren Bahnhöfen des Gaues, die bisher den Vorteil tariflich geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse vermissen mußten. Der in diesem Jahre unternommene Versuch führte zum Abschluß eines Stundenlohnvertrages mit einem Lohn von 60 und 63 Pfg. Einige Unternehmer, die sich anfangs sträubten den Vertrag anzuerkennen, wurden nachträglich durch die geschlossene Einigkeit der Kollegen dazu veranlaßt.

Die Straßburger Marmorarbeiter entbehrten im Gegenjag zu ihren Kollegen der Sandsteinbranche noch jeder bestimmten Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In Betracht kommt fast allein nur das große Werk Schachenmühle, das etwa 70 Arbeiter beschäftigt. Es kam zur Arbeitsniederlegung. Nach wiederholten resultatlosen Verhandlungen kam es zu einer Vereinbarung zwischen der Betriebsdirektion und dem Verband, auf Grund deren nach 14tägiger Arbeitsniederlegung die Arbeitsaufnahme erfolgte. In der Vereinbarung war eine allgemeine Erhöhung aller Stundenlöhne für Dauer, Schleifer und Hilfsarbeiter um je 2 Pfg. festgelegt worden. Neben der Regelung verschiedener allgemeiner Bestimmungen wurden ferner festgelegt die Gruppierung der Marmorarten, die Grundpreise für Flächen und Glieder für Dauer und Schleifer, Abzug für Benutzung der Luthammer und Maschinen bei der Arbeit usw. Die Ausarbeitung der Einzelheiten des Akkordvertrages im Rahmen der vereinbarten Grundpreise erfolgt zwischen der Direktion und der Kommission sofort nach Aufnahme der Arbeit und muß bis zu einer bestimmten Frist beendet sein.

Eine Friedensdemonstration

von gewaltigem Eindruck und eine wahrhaft herzliche Volksverbrüderung war die Volksversammlung am Freitag in Berlin, an der die französischen Arbeiterdelegierten teilnahmen.

Lange vor Beginn waren beide Riesensäle der Neuen Welt abgeperrt; Tausende fanden noch Einlaß im Garten und Tausende fluteten draußen auf den Straßen auf und ab.

Zwei Versammlungen wurden abgehalten. Im kleinen Saale sprachen Ströbel und Bauer. Des französischen Genossen Jouhaux Rede konnte dort nur in deutscher Uebersetzung wiedergegeben werden, weil die Polizei für diese Versammlung Reden in französischer Sprache nicht genehmigt hat.

Als unsere französischen Genossen den Saal betraten und sich zu ihren Plätzen auf der Bühne begaben, wurden sie mit minutenlangem Beifallssturm begrüßt.

Im großen Saale sprach zunächst Robert Schmidt, der einleitend seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die französischen Genossen der an sie auf dem französischen Gewerkschaftskongress ergangenen Einladung so zahlreich nachgekommen seien. Wenn auch die Wege, die die Gewerkschaftsorganisationen beider Länder gehen, nicht die gleichen seien, so bestehe doch ein gutes freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden. Nicht als Lehrmeister wollen die deutschen Gewerkschaftler sich den Franzosen gegenüber aufspielen. Die Franzosen sollten alles prüfen und das Beste behalten. In dem Besuchsprogramm habe eins nicht gestanden, das den französischen Genossen paßiert sei, es gehöre aber zur Vollständigkeit des Empfangs in Deutschland. (Große Heiterkeit.) Den Franzosen sei dadurch gewiß zum Bewußtsein gekommen, mit welchen Mitteln die deutschen Arbeiter bekämpft werden. Die versuchte Verhaftung Vvetots war keine Auszeichnung für die Franzosen. (Heiterkeit.) Vvetots Ausweisung sei durchaus unbegründet gewesen. (Starker Beifall.) Seine Aeußerung könne nicht anders verstanden werden, als daß er das Streben der Arbeiter nach einer internationalen Verständigung in der jetzt gespannten politischen Situation habe zum Ausdruck bringen wollen. Und damit ständen wir auf der Seite des französischen Proletariats. Schmidt streift die Marokkoaffäre und legt unter vielfachen Beifallsstundgebungen dar, daß auch hier nur wieder kapitalistische Interessen zum Kriege hegen und das Proletariat dagegen für neue Rüstungen mit neuen Steuern bedrückt würde. Die Arbeiter müßten diesen Kampf verhindern, sie müßten alles tun, um dieses verbrecherische Treiben zu durchkreuzen, sie stehen diesseits und jenseits des Rheins dem Chauvinismus fern und reichen sich die Bruderhand, um Karl Marx' Wort zur Tat werden zu lassen: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Nachdem werden Sympathietelegramme französischer Organisationen vorgelesen, so von den Buchdruckern, Lithographen, Eisenbahnern, Zeichnern und Technikern.

Nachdem nimmt Genosse Jouhaux, Vorsitzender der französischen Generalkommission, von stürmischem Händeklatschen begrüßt, das Wort. Zur rechten Zeit sei diese Kundgebung veranstaltet worden. Das Mißtrauen, das viele Jahre zwischen Deutschen und Franzosen geherrscht habe, sei völlig verschwunden. Redner bemerkt, daß die französischen Gewerkschaften nicht nur für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen wirken, sondern daß sie die Arbeiter zur Durchführung der sozialen Umwälzung vorbereiten. Die französischen Syndikalisten bereiten den Generalstreik vor, um alle Schläge der Bourgeoisie abzuwehren. Wenn die verwirren Zustände uns zwingen, zu handeln, so könnte die Möglichkeit dazu schon morgen eintreten. Das französische Proletariat sei von Haß gegen den Krieg und von Liebe zum Frieden beseelt. Ein europäischer Krieg würde nicht nur Tausende und Aber-tausende niedermachen, sondern auch ein Zurückwerfen der Arbeiterorganisationen auf ein halbes Jahrhundert zur Folge haben. Die Gefahr sei groß. Das Proletariat beider Länder müsse machtvoll gegen den Krieg demonstrieren. Es sei die Zeit gekommen, zu rufen: Nieder mit dem Kriege!

Obgleich Jouhaux in französischer Sprache redete, hielt seine äußerst temperamentvolle Rede die Versammlung in steigender Spannung.

Nachdem sprach Mollenbuh, der auf die Marokko-angelegenheit näher eingeht und unter großer Heiterkeit das getroffene Marokkoabkommen der Mächte verliest; er zeigt, wie sehr verschiedene der europäischen Großmächte dieses Abkommen gebrochen haben. Die Kriegsschulden gehen von kapitalistischen Interessenten aus, die die Schätze Marokkos für sich ausbeuten möchten. Die Versammlung müsse dagegen protestieren, daß der Biserfrieden in dieser Art gefährdet werde, sie werde bekunden, daß wir ein einzig Volk von Brüdern sind.

Nachdem gelangt folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die am 28. Juli 1911 in den Sälen der Neuen Welt zu Berlin versammelte Berliner Arbeiterschaft begrüßt die Vertreter der französischen Arbeiterschaft und dankt ihnen für die Beweise internationaler Kameradschaft und brüderlicher Friedensliebe.

Die Versammelten erklären, daß sie sich eins fühlen mit der Arbeiterschaft Frankreichs wie auch anderer Länder in dem Bestreben, den Völkern den Frieden zu erhalten und allen Machinationen der zum Kriege drängenden herrschenden Klassen entgegenzutreten. Der Krieg dient nur den Mächten, Raub- und Profitgelisten einer kleinen Minderheit, während die große Mehrheit aller Völker den Frieden will, da sie allein die Opfer der Kriege zu tragen hat.

Die Versammelten fordern die Arbeiter Deutschlands wie Frankreichs auf, angesichts der gegenwärtigen drohenden Kriegsgefahr jederzeit auf dem Posten zu sein und ihren ganzen Einfluß zur Verhinderung eines Krieges aufzubieten. Sie fordern die Einberufung der verantwortlichen Volksvertretung, um dieser die Mitentscheidung über die Lösung internationaler Konflikte zu ermöglichen.

Die Versammlung protestiert gegen die Ausweisung des französischen Kameraden Vvetot, dessen Rede im Gewerkschaftshaus lediglich von der ehrlichen Absicht geleitet war, dem Frieden zu dienen.“

Genosse Baumeister verliest hierauf einen launisch gehaltenen Brief des Genossen Vvetot, der er aus einem kleinen deutschen Städtchen geschickt hat. — Die Adresse ist weggerissen. Leider habe er die persönliche Bekanntschaft eines deutschen Polizisten nicht gemacht. Wenn die Arbeiter in Frankreich und Deutschland ihr Blut vergießen müßten, so sollte es für die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit sein. (Lang anhaltender Beifall.) Er dankt den deutschen Genossen für die freundliche Aufnahme und erklärt, daß die Zusammenkunft wesentlich zur Festigung der Freundschaft zwischen dem deutschen und französischen Proletariat beigetragen habe.

Darauf singen die versammelten Deutschen die Marseillaise, drei Franzosen erwidern mit dem Gesang je einer Strophe der Internationale, deren Refrain vom Chor mitgegeben wird.

Ein Hoch auf die Internationale, wiederholte Hochs aus der Mitte der Versammlung auf die Franzosen folgen.

Die Trennung geht nicht so schnell vonstatten. Zurufe von der Versammlung zu den auf der Bühne stehenden Franzosen und der Wunsch auf ein baldiges Wiedersehen, Hüteschwanken und französische Zurufe dauern eine Zeitlang an. Nur langsam verläßt die riesige Menschenmenge unter dem Gesang des Sozialistenmarches den Saal. Draußen im Garten und auf den Straßen wagt eine ungeheure Menschenmenge, die wiederholt in Hochrufen auf die sich entfernenden französischen Genossen ausbricht.

Die geistigen Arbeiter in der Großindustrie.

II.

Jede kapitalistische Gütererzeugung hat drei Grundfunktionen zur Voraussetzung: die Arbeit des Kaufmanns, des Technikers und des Organizers. Ein vorhandener und entstehender Bedarf für ein neues Produkt muß zunächst erkannt und durch billiges Angebot zu befriedigen getrachtet werden. Diese Funktion erfüllt der Kaufmann. Der Techniker sucht durch seine konstruktive Tätigkeit den Produkten und den Produktionsmitteln eine möglichst zweckmäßige konstruktive Form zu geben. Der Organizer sucht im Arbeitsaal und Bureau alle Arbeitskräfte und Betriebsfaktoren zum möglichst rationalen Zusammenarbeiten einzufügen.

Die Publizisten der Arbeitgeberverbände suchen in der Öffentlichkeit die Lehre zu begründen und zu verteidigen, daß der moderne Unternehmer als der geniale Kaufmann, der geistig produktive Techniker, der tüchtige Arbeitsorganisator betrachtet werden müsse, von dessen dreifacher erfolgreicher Tätigkeit das Gedeihen des Unternehmens abhängig sein soll. In diesem Zusammenhang vorgebracht, ist eine solche Argumentation falsch. Vielmehr zeigt uns die Entwicklung, daß diese dreifachen Tätigkeitsformen mehr und mehr Lohnarbeiterfunktionen, Angestelltenfunktionen geworden sind und werden müssen.

Nur im industriellen Kleinbetrieb ist der Unternehmer noch wirklich Führer der Produktionsvorgänge, wenn man diesen Ausdruck in bedingten Grenzen gebrauchen will. Nur der Kleinmeister ist in seiner Person Techniker, Kaufmann und Arbeitsorganisator. Er ist Techniker, indem er auf Verbesserung seiner technischen Hilfsmittel, seiner Werkzeuge und Maschinen stützt, um Waren herzustellen. Er ist Kaufmann, indem er durch billiges Angebot einen bestimmten Bedarf für seine Erzeugnisse zu befriedigen sucht. Er ist Organizer, indem er die Herstellung von Waren und den Betrieb organisiert, indem er seine eigene Arbeit oder die seiner Gesellen und Lehrlinge möglichst vorteilhaft einteilt. Alle drei Funktionen übt er naturgemäß nur in sehr kleinem Maßstabe aus, immerhin kann man behaupten, daß der Kleinbetrieb das Spiegelbild der „Unternehmerfähigkeiten“ seines Besitzers aufzuweisen wird. Von dem Fleiß, der Initiative, der rein sachlichen Handgeschicklichkeit, der kaufmännischen Gewissenhaftigkeit des Handwerksmeisters wird es abhängig sein, ob er sein Geschäft erfolgreich über die Jahrzehnte im wirtschaftlichen Leben hinwegführen kann oder nicht.

Mit der Vergrößerung des Kleinbetriebes entsteht bald der Zeitpunkt, an dem der Unternehmer nicht mehr allein die Betriebsführung erledigen kann, Hilfskräfte werden angeworben, Werkmeister, Kaufleute, Techniker. Diesen Angestellten werden die eigentlichen Unternehmerfunktionen mehr und mehr übertragen. Der moderne industrielle Großbetrieb hat eine rangstufig durchgeführte Verwaltungsbürokratie erhalten:

Kaufleute haben den Betrieb rein rechnerisch zu verwalten, Techniker haben konstruktiv Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel formgebend weiter zu bilden, Betriebsführer und Werkmeister haben Herstellungswege und Arbeitsweise einzusetzen und zu kontrollieren.

Die kaufmännische Betriebsführung besteht im Einkauf der Rohmaterialien, im Verkauf der fertigen Fabrikate. In der verwaltungsmäßigen Durchführung der Produktionsvorgänge. Die notwendige Arbeitsleistung hat hier für alle Einzelheiten besondere Bureau geschaffen. Wenn auch in den verschiedenen Unternehmungsformen diese Einrichtungen verschieden ausgebildet sind, so lassen sich doch bestimmte Organisationsgrundsätze aufstellen, die allen Betriebsarten gemeinsam sind.

Der Einkauf der Rohmaterialien wird vom Einkauf besorgt, die Lagerung und Verbuchung von der Materialverwaltung, die kaufmännische Rechnungsführung aller Geschäftsvorgänge von der Buchhaltungsabteilung, der Geldverkehr von der Kasse. Die Korrespondenzabteilung regelt die briefliche Verständigung mit Lieferanten und Kunden, die Verkaufsorganisation den Vertrieb der fertigen Fabrikate.

Der Produktionsvorgang vom Rohmaterial zum Fertigfabrikat muß naturgemäß auch in der Verwaltung einen zwangsläufig durchgeführten Arbeitsprozeß notwendig machen. Die „Bestellung“ läuft vom Kunden ein und wird durch die Einkaufsabteilung fixiert. Der „Einkauf“ oder die „Kommission“ wird in Einzelaufträgen den verschiedenen Verwaltungsstellen zur weiteren Erledigung überwiesen. Der Materialeinkauf erhält durch die Einkaufsabteilung die Mittelung, für die Beschaffung der notwendigen Rohmaterialien, Fabrikate usw. zu sorgen. Die Materialverwaltung hat ihre Lagerbestände ebenfalls zu revidieren, um alle notwendigen Materialien bei der Durchführung der Bestellung durch den Betrieb nachher abgeben zu können.

Der Betrieb selbst muß ein besonderes Schreibbureau erhalten, das Betriebsbureau. Hier ist die Arbeitsstätte des Betriebschreibers. Der Auftrag ist bis in alle Einzelheiten auf Stenogramm, Bestellzettel, Benachrichtigungsbücher zerlegt worden, damit terminlicher und zwangsläufig der eigentliche Arbeitsvorgang in der Werkstatt sich entwickeln kann. Denn darin kennzeichnet sich die moderne industrielle Arbeitsweise, daß Arbeitsweg und Arbeitspensum schon vor der eigentlichen Arbeitsausführung auf dem Papier festgelegt wird.

Wenn die Arbeit fertiggestellt ist, muß das Fabrikat kalkuliert werden. In der Lohnrechnung haben die Lohnschreiber die Lohnsummen der Arbeiter zu Lohnlisten zusammengefaßt. Diese Lohnaufstellungen werden dann im Kalkulationsbureau detailliert und zu Selbstkostenrechnungen für die einzelnen Fabrikate verarbeitet.

In der eigentlichen kaufmännischen Betriebsverwaltung handelt es sich also eigentlich immer nur darum, alle Geschäftsvorgänge des gesamten Unternehmens rein buchmäßig zu fixieren. Während der Buchhalter im Kleinbetrieb für die Ausübung seiner Buchungen ein bestimmtes fachgemäßes Wissen haben muß, kann im Industriebetrieb die Arbeitsweise für den einzelnen so vereinfacht werden, daß eigentlich nur der Fortschritt und die Reihfolge des Buchhalters sind. Sie haben die Formulare zu entwerfen, den Kreislauf der Geschäftsvorgänge durch die verschiedenen Bücher anzustellen. Die überwiegend große Zahl der kaufmännischen Angestellten, die nur die eigentlichen Eintragungen macht, sind Formulararbeiter, sind einfache Schreiber.

Dementsprechend sind natürlich auch die Einkommensverhältnisse, die für diese Berufs-kategorie in Frage kommen. Man hat gelegentlich das Wort „Stehgruppenproletarier“ gebraucht, und es ist auch Tatsache, daß die Industriebeamten, und hier speziell die kaufmännischen Angestellten, recht häufig in ihrer Lebenshaltung hinter dem gelehrten Handarbeiter zurückstehen. Allerdings läßt sich zahlenmäßig diese Behauptung nicht einwandfrei beweisen, denn die Verflüchtigung der Handlungsgehilfenbewegung in ver-

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiliger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 31.

Sonnabend, den 5. August 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Ein gutes Erntejahr. II. — Eine Friedensdemonstration. — Die geistigen Arbeiter in der Großindustrie. II. — Der Stand der Tarifverhandlungen in der Oberlausitz. — Aus dem Wörsenberger Steinbruchgebiet. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Lohnarbeiterschaft soll sich daran gewöhnen! — Die gewerblichen Erkrankungen der Arbeiter. — Korrespondenzen. — Der große Kampf. — Literarisches. — Feuilleton: Bilder aus dem Gegenwartskampf.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Höchst (Odenwald): Die Firma Adam & Söhne. — Pirna: Mühlensteinbetrieb Israel — Hausberge und Kettelstädt: Firma M. Michelsohn. — Ritzberg (Sa.): Die Firmen Berthold u. Brückner. — Jena: Sämtliche Kalksteinbrüche. — Ohsenfurt: Werkplatz Krämer.

Nördlingen. Bei der Firma Vetter in Nördlingen und Detting stehen die Kollegen in Lohnbewegung.

Kandersacker. Die Sperre bei Steinmeiester Franz Schliermann ist aufgehoben. Die Firma verpflichtet sich, in Zukunft den Bezirkstarif strengstens einzuhalten.

Kleinrindersfeld. Die Differenzen bei der Firma Zeidler sind beigelegt. Eine minimale Lohnaufbesserung für die Brecher und Bossierer wurde zugestanden.

Stuttgart-Seebach. Bei der Firma Thiele, Seebach, werden Granitstufen für das Stuttgarter Hoftheater angefertigt, die nicht nach Tarif zu berechnen sind. Ueber den von der Firma gebotenen Preis kam es mit der Firma zu keiner Verständigung. Die Stufen sollen jetzt in Stuttgart am Bauplatz angefertigt werden. Die bisher dort beschäftigten Arbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist gesperrt.

Wiesbaden. Wegen Nichtanerkennung der bescheidenen Forderungen sind die hiesigen Kollegen in Streik getreten.

Wahr. Max Müller wegen Lohnreduktion gesperrt.

Wülheim (Ruhr). Bei der Firma Kauen sind die Kollegen wegen Lohnunterschieden am 1. August in den Streik getreten.

Petersdorf (Riesengebirge). In das hiesige Granitgebiet ist Zugang zu unterlassen.

Gommern. Circa 665 Pflastersteinarbeiter haben die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmer eine zehnprozentige Lohnzulage ablehnten und auf Eingaben des Verbandes nicht reagierten. 500 Mann sind abgereist. Zugang muß streng ferngehalten werden.

Strehlen, Niklasdorf, Gortau, Ströbel und Qualkau. Die Pflastersteinarbeiter der Firmen K. Schall, Böcker und Nikolai haben eine Tarifvorlage eingereicht. Es wurden früher im Winter die Löhne geführt, das soll nun vermieden werden; weiter wird arbeiterseits gewünscht, daß die Prämien beseitigt werden. Die Firmen haben bereits mit den Arbeiterausschüssen verhandelt; ein Verbandsvertreter wurde nicht zugelassen. Dieses Verhalten der Unternehmer hat unter der Arbeiterschaft allgemein verknüpft. Auf alle Fälle ist Zugang nach den genannten Orten unter allen Umständen zu vermeiden. — Die Firmen Schall, Böcker und Nikolai übernehmen viele kommunale und staatliche Arbeiten, Tarifverträge aber wollen sie nicht abschließen.

Becke-Frömmersbach (Rhld.). Die Pflastersteinarbeiter stehen in Streik. Ein großer Teil der Kollegen ist abgereist.

Höchst (Odenwald). Die Firmen Grimm und Jakob & Söhne haben den vorgelegten Tarif anerkannt.

Dortmund. Im Kunststeinwerk Schroer wurde nach kurzer Arbeitseinstellung folgendes erzielt: Sofortige Stundenlohn-Erhöhung um 3 Pfg., eine weitere Erhöhung um 2 Pfg. tritt im Jahre 1912 ein.

Münster. Der Streik ist mit Erfolg beendet. Erreicht wurde eine Lohnreduktion von 3 bis 5 Pfg. pro Stunde. Zum ersten Male wurde mit den Unternehmern ein Tarif für das Steinmehrgewerbe abgeschlossen.

Wülheim-Broich (Ruhr). Die bei der Firma Kauen beschäftigten Steinarbeiter haben wegen Lohnunterschieden ihre Kündigung eingereicht; die Verhandlungen wegen einer friedlichen Beilegung und Abstellung der Mißstände verliefen resultatlos. Der Betrieb ist gesperrt.

Oberkreitz. Hier sind Tarifverhandlungen im Gange.

Schwelmer. Wegen Lohnunterschieden ist Zugang nach hier fernzuhalten.

Siefers. Die sachlich geführten Verhandlungen führten zum Abschluß der Lohnbewegung. Die Forderungen der Kollegen wurden zum großen Teil anerkannt und

erfolgen somit Erhöhungen für im Afford beschäftigte Steinmehner und Pflasterer. Auch die Stundenlöhne der Schmiede, Brecher und Hilfsarbeiter werden erhöht. Hoffentlich machen uns die beiden Firmen Haberstumpf keine Beschwerden und erkennen den Tarif und die Erhöhungen an.

Demitz-Thumitz. Der Steinmetztarif für die Oberlausitz wurde nun endlich am 31. Juli in der Kommissionsberatung erledigt. Die Unternehmer schlugen eine dreijährige Tarifdauer vor, welche aber von den Arbeitern in sachlicher und bestimmter Weise bekämpft wurde. Es ist zu erwarten, daß in der Unternehmerversammlung der Standpunkt der Arbeiterschaft Berücksichtigung finden wird. Für die Speller (Brecher), Pflastersteinmacher und Hilfsarbeiter beginnen die Verhandlungen in der kommenden Woche.

Im Muschelkalksteingebiet (Ritzheimer und Ohsenfurter Gebiet) ist die Arbeitsgelegenheit für Steinmehner äußerst gering. Ein großer Teil der ansässigen Leute, besonders im Ohsenfurter Bezirk, ist arbeitslos. Im Ritzheimer Gebiet müssen die Steinhauer fortgesetzt auf Rohmaterial warten. Steinmehner in anderen Gebieten werden im eigenen Interesse gewarnt, in besagtem Gebiet in Arbeit zu treten.

Bohswinkel (Rheinland). Die in dem Betriebe der Firma Hermann-Werke beschäftigten Marmorarbeiter haben am 1. August die Arbeit wegen Lohnunterschieden niedergelegt, eingeleitete Einigungsverhandlungen verliefen resultatlos. Zugang nach Elberfeld-Bohswinkel ist fernzuhalten.

Oesterreich. Gesperert sind: Schwarzbrenn, Kohlstadt, Maffersdorf, Auffs, Kolomea, Drohobycz, Laibach, Mähldorf, Friedberg, Klein-Krosse, Rotwasser, Sezdorf und Schwarzwasser.

Budapest. Die Lage ist hier noch unverändert und ist noch keine Aussicht auf eine Beendigung der Bewegung. Bis jetzt konnten 173 Kollegen auswärts beschäftigt werden; die Zahl der Ausgesperreten ist noch 630.

Ein gutes Erntejahr.

II.

7. Gau: Köln.

Bis zum Jahre 1906 waren in den Zahlstellen des 7. Gaues nur in den Orten Köln und Erler tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Grund, warum nicht schon in früheren Jahren dem Abschluß von Tarifen in den einzelnen Orten Beachtung geschenkt wurde, lag daran, weil die Organisationsverhältnisse viel zu unzulänglich übrig ließen.

Düsseldorf. Die Firma Darzheim betreibt hier ein großes Marmorwerk. Zu Anfang Januar wurde eine Arbeitsordnung erlassen, welche unannehmbare Bestimmungen für die dort beschäftigten Arbeiter enthielt. Herr Darzheim verlangte von den Arbeitern die Anerkennung der Arbeitsordnung, was dies nicht tun wollte, der sei entlassen. Durch Verhandlungen gelang es, eine Einigung zu erzielen, die beanstandeten Paragraphen wurden anders gefaßt, auch versprach Herr Darzheim, nach dem Düsseldorf Marmorarbeitsvertrag zu bezahlen. Nach einem Streik von 5 Tagen war die Einigung erzielt worden.

In **Wülheim** a. u. bei Baldwinstein legten die dort beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder, durch Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt. Hier ist zu bemängeln, daß man die Ankunft des Gauleiters nicht abwartete, sondern direkt die Arbeit niedergelegte. Die Differenzen dort hätten auch ohne Streik erledigt werden können.

Blombach a. u. In dem Steinbruchbetrieb der Firma Dahlmann gelang es durch Verhandlungen für die dort beschäftigten Steinmehner eine Erhöhung der Affordpreise zu erzielen, auch wurde der Stundenlohn der Hilfsarbeiter im Steinbruch um 3 bis 5 Pfg. erhöht.

Koblenz. Am 1. April war der Tarif abgelaufen, die Kollegen hatten frühzeitig einen neuen Vertragsentwurf eingereicht, aber alle Verhandlungen über einen friedlichen Abschluß verliefen resultatlos. Die Kollegen traten in den Streik, der nach vierwöchiger Dauer mit Erfolg beendet wurde. Erreicht wurde eine Lohnreduktion von 5 Pfg. pro Stunde und für die Affordpositionen eine Erhöhung um 8½ Prozent.

Dortmund. Da bei der Firma J. B. Schroer, welche in Dortmund ein Kunststeinwerk betreibt, die Löhne der dort beschäftigten Steinmehner niedriger sind als bei den meisten anderen Firmen, so sollte der Versuch gemacht werden, an die Firma mit einem Schreiben heranzutreten und um Aufbesserung der Löhne zu ersuchen. Da neben den freigeordneten Stampfern und Hilfsarbeitern auch einige Hilfsarbeiter dem Christlichen Keramik- und Steinmetzverband angehören und auch versucht werden sollte, für diese Arbeiter eine Lohnreduktion zu erreichen, so wurde der Vorstand der Christen zu den Beratungen heraufzustellen. Forderungen für diese Arbeiterkategorie herangezogen. Leider wurde dem Unternehmer von einem christlichorganisierten Arbeiter von der Lohnbewegung Mitteilung gemacht, so daß die Kollegen von einer ernsthaften Aktion Abstand nehmen mußten.

(Nachschrift vom 22. Juli. Die Kollegen bei Schroer haben nun doch ihre Lohnbewegung mit Erfolg durchführen können. Die Stundenlöhne wurden sofort um 3 Pfg. ab 1912 um weitere 2 Pfg. erhöht. Um dieses zu erreichen, mußte allerdings auf kurze Zeit die Arbeit niedergelegt werden.)

Kupferdreh (Westfalen). Den in dem Kunststeinwerk beschäftigten Steinmehner gelang es durch Verhandlungen ohne Streik die Lohnbewegung erfolgreich zu beenden. Erreicht wurde

eine Lohnreduktion von 5 Pfg. pro Stunde, die Vereinbarung, die mit der Firma abgeschlossen wurde, hat zwei Jahre Gültigkeit. **Wülheim** a. u. Da bisher hier noch kein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis bestand, so wurde Anfang April den Unternehmern zu Wülheim, Rotthausen und Wattencheid eine Tarifvorlage eingereicht. Die eingeleiteten Verhandlungen brachten kein befriedigendes Resultat, so daß die Kollegen am 19. April in den Streik traten. Nach sechswoöchigem Streik kam eine Einigung zustande, eine Firma hatte schon vorher bewilligt. Der Lohn der Steinmehner wurde um 8 Pfg. pro Stunde erhöht, derjenige der Marmorarbeiter um 5 Pfg., der Tarif gilt bis 1. April 1913. Durch den Abschluß wurde auch erzielt, daß jetzt in dem Gebiet von Wülheim und Umgegend einheitliche Verhältnisse geschaffen wurden.

Becke (Rheinland). Hier und in der Umgegend befinden sich große Grauwadesteinbrüche, dessen Inhaber Pflastersteinmaterial produzieren. Schon vor zwei Jahren machten die dort beschäftigten Arbeiter den Versuch, eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vertraglich festzulegen. Es wurde auch damals ein kleiner Erfolg erzielt, aber zu einem Tarifabschluß kam es nicht. Verschiedene Verhandlungen über den eingereichten Tarif brachten keine Einigung und die Kollegen traten in den Streik.

Als erfreulich ist es zu bezeichnen, daß von 126 in den Streik getretenen Kollegen schon in der ersten Woche circa 100 Kollegen abtraten oder in der Umgegend untergebracht werden konnten. Der Streik dauert nun schon zehn Wochen, hoffentlich können wir bald von einem günstigen Abschluß berichten.

Bredenscheid bei Sprockhövel. Hier wird von der Firma Schlitt ein Marmorsteinbruch betrieben. Beschäftigt sind neben einigen deutschen Kollegen fast durchweg Italiener, von denen nur wenige organisiert waren. Von dem Firmeninhaber wurden Lohnabzüge angefündigt, als die verlangte Zurücknahme nicht erfolgte, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Nach kurzem Streik zog die Firma die angefündigten Lohnabzüge zurück.

Neuwied a. Rh. Da hier die Lohnverhältnisse der in den Grabstein- und Marmorbetrieben beschäftigten Steinhauer und Schleifer geringe waren, so reichten die Kollegen an die beiden Firmeninhaber ein Schreiben um Aufbesserung der Löhne ein, es gelang aber nur bei einer Firma, den Lohn um 5 Pfg. pro Stunde zu erhöhen. Da die Kollegen bei der andern Firma leider nicht alle organisiert waren, so konnten keine Gegenmaßnahmen seitens der Organisationsunternehmer werden.

Sprockhövel. Bei der Firma Vogel legten die Kollegen die Arbeit nieder, weil der Unternehmer sich weigerte, den Stundenlohn wie die andern Firmen von 60 Pfg. zu bezahlen. Die Kollegen lösten das Arbeitsverhältnis und traten anderweit in Arbeit. Die Sperre, welche über den Betrieb verhängt wurde, wirkte so, daß der Unternehmer nach kurzer Zeit sich bereit erklärte, den Lohn von 60 Pfg. zu bezahlen.

Münster i. W. Um auch hier den in den Grabsteinbetrieben und Werkstätten für innere Kirchenreparaturen beschäftigten Kollegen eine gleichmäßigere Entlohnung zu ermöglichen, reichten die Kollegen am 10. Juni einen Tarifentwurf ein. Da auch christlich organisierte in Frage kommen, so wurde die Bewegung gemeinschaftlich unternommen. Alle Verhandlungen, die gemacht wurden, um den Abschluß des Vertrages in gütlicher Weise zu erlebigen, verliefen resultatlos, so daß die Kollegen am 2. Juni in den Streik traten.

Dann sei noch der Lohnbewegung in der Basaltindustrie zu **Mayen** und Umgegend gedacht. Da der Tarif für das Basaltgewerbe, welcher im Vorjahre von dem katholischen Arbeiterverein (Fachabteilung) und dem christlichen Keramik- und Steinmetzverband abgeschlossen, im Frühjahr abläuft, so wurde auch unsererseits der Versuch gemacht, ob es nicht möglich sei, daß auch eine Kommission unseres Verbandes an den Verhandlungen teilnehmen könnte. Der Vorsitzende, Kollege Braun, schrieb in diesem Sinne an den Zentralvorstand des Christlichen Verbandes einen Einschreibebrief, er erhielt aber von Herrn Lehner keine Antwort!

Von dem erzielten Resultat betreffs des neuen Tarifabschlusses sind die Kollegen wenig erbaut, es ist das auch kein Wunder, denn die Lebenshaltung der dortigen Arbeiter wird immer teurer infolge der Wirkungen des Zolltarifs und der noch-maligen neuen Steuerbelastung. Hoffentlich sind bei Ablauf des jetzt abgeschlossenen Tarifs die dortigen Berufskollegen so stark in unserm Verbandsorganisiert, daß wir ein ernsthaftes Wort über die Neugestaltung des Vertrages mitreden können.

8. Gau: Mannheim.

Der schwere Kampf im **Heppenheim**er Granitgebiet hatte leider den von den Kollegen erhofften Erfolg nicht. Da von den Unternehmern beabsichtigte Einführung der Affordarbeit für Stößer und der damit bedingten Verschlechterung für die Kollegen konnte nur zum Teil abgewehrt werden.

Reichenbach. Der mit der Firma Deutsche Steinindustrie geführte schwere Kampf mußte nach 28 wöchentlich dauernder Dauer abgebrochen werden. Der Firma war es gelungen, ihre notwendigsten Arbeiten von einer andern großen Firma des Gebietes hergestellt zu bekommen. Erreicht wurde leider nichts.

Ober-Mörlen. Schon mehrfach hatten die Kollegen den Versuch unternommen, einen Tarif zustande zu bringen. Die Konjunktur war jedoch immer bisher nicht dazu angetan, dieses zu ermöglichen. Endlich dieses Jahr gelang es ihnen, mit den Unternehmern von Friedberg und Bad Nauheim einen Tarifvertrag mit einigen Lohnverbesserungen abzuschließen.

Darmstadt. Die Zahlstelle war noch in den ersten Monaten in diesem Jahre sehr schwach, bis endlich im März Leben hinein kam. Die unmittelbar infolge einer guten Konjunktur eingeleitete Lohnbewegung führte zu dem Erfolg, daß ein Tarifvertrag mit einer 3 Pfg. Stundenlohnaufbesserung und noch einigen anderen kleinen Errungenschaften abgeschlossen werden konnte.

Frankfurt a. M. Obwohl daselbst ein allgemeiner, für alle Sandsteinbetriebe gültiger Tarifvertrag noch nicht besteht, haben die dortigen Kollegen auch in diesem Jahre kleine Lohn-

mission über die Verhandlungen mit Herrn Schall betreffs der eingereichten Tarifvorlage. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 28. Juli 1911 äußerst stark besuchte Steinarbeiterversammlung nimmt mit großem Interesse die Berichterstattung des Arbeiterausschusses entgegen. Es ist Wunsch der hiesigen Arbeiterschaft, daß die Akkordlohnfrage schriftlich für die Zukunft festgesetzt werden. Durch eine solche Abmachung wird sicherlich die gegenseitige Achtung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sehr wesentlich gefördert werden. Der Arbeiterausschuß wird ermächtigt, dort, wo die Lohnsätze zu hoch erscheinen dementsprechend Kürzungen vorzunehmen. Wir erkennen an, daß diesmal auf unsere Eingabe sofort reagiert wurde, und diese schnelle Rückäußerung hat einen guten Eindruck auf die Versammlung gemacht. Wir sprechen ebenfalls den dringenden Wunsch aus, daß die Verhandlungen, welche am 2. August stattfinden sollen, in friedlicher Weise erledigt werden möchten.“

Im Punkt Verschlebung bittet der Vorsitzende noch einmal, die Kollegen möchten unbedingt die Statistiken abgeben. Weiter wird noch bekannt gegeben, daß die wenigen unsern Verband unterstützenden Kollegen sich doch endlich betheiligen möchten, um in unsere Reihen einzutreten. Da die nächsten Stadtverordnetenwahlen bevorstehen, wird auch in diesem Sinne eruchtet, soweit die Kollegen nicht in der Wählerliste eingetragen sind, daselbe nachzuholen. Die Kollegen betrachten es als selbstverständlich, daß, solange unsere Lohnbewegung nicht günstig erledigt ist, von auswärtigen Zutug ferngehalten wird. Dies möchten besonders die Granitarbeiter aus Bayern und Oesterreich-Schlesien beherzigen. Beim Streit im Jahre 1907 kamen gerade aus Oesterreich die Arbeitswilligen an, wir warnen heute schon vor eventuellen Arbeiteranwerbungen. Es wird und muß uns gelingen, in Streichen geordnete Arbeitsverhältnisse schaffen zu können. Mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband wurde die Massenversammlung geschlossen.

Rundschau.

Gegen „Volkspflege“, jene auf dem Dresdner Gewerkschaftskongress beschlossene Unterstützungskasse, wird seit Bekanntwerden dieses Projekts in der Scharfmacherepresse besonders mobil gemacht. Daß sich zu diesen Scharfmachern auch das infant terribile der Zentrumsfaktion, der Abgeordnete Erzberger, gesellt, macht die Sache für uns nur noch interessanter. Seine Feindschaft gegen unser Projekt trat schon einige Male hervor. Jetzt nun leitartikelt Erzberger in der Württembergischen Volkszeitung über „rote Volkspflege, eine ungeheure Vermehrung des sozialdemokratischen Einflusses“. Er ist anscheinend von Neid erfüllt über diese Einrichtung und bellagt die aus der Versicherung erwachsende wirtschaftliche Stärkung der Konsumenten. Er sagt u. a.:

Die kompakte Masse der Gewerkschaften mit ihren 2 1/2 Millionen Organisierten (rund 10 Millionen Menschen), mit allen ihren Beamten, Ausschüssen, Konferenzen, Versammlungen usw. will in den Dienst dieser Idee treten; das ist ein Verheerungsapparat, so billig und doch so energiegelich, wie ihn keine private Gesellschaft stellen kann. Die ganze Geschäftsführung soll in den Händen der Genossenschaften liegen, d. h. in den Verkaufsstellen der Konsumvereine, so daß keine Verwaltungskosten entstehen; die Frauen, die hier einkaufen, werden auf die einfachste Weise gewonnen werden. Und dann soll noch die stark verbreitete sozialdemokratische Parteipresse den Rest besorgen. Es läßt sich gar nicht in Abrede stellen, daß der ganze Plan großzügige Gedanken enthält, daß seine Durchführung den privaten Versicherungsgesellschaften das Leben erschwert und daß durch diese „rote Volkspflege“ die Macht der Sozialdemokratie ungemein wachsen würde. Das den Sozialdemokraten bei den Krankenkassen an Einfluß verloren gehen wird, gewinnen sie auf diese Weise doppelt und dreifach wieder, und sie stärken damit ihre gesamten wirtschaftlichen Organisationen gewaltig.

Ein Volkvertreter, wie Herr Erzberger doch sein will, sollte nicht neiderfüllt auf solche zum Wohle der Arbeiter zu schaffenden Institutionen sehen und sie im Verein mit den Scharfmachern zu diskreditieren suchen, sondern er sollte befriedigt davon sein, daß große Massen des arbeitenden Volkes aus den Klauen der illoyalen Privatversicherungsgesellschaften befreit werden, selbst wenn auch nicht Mitglieder seiner Partei davon Vorteile genießen können.

Billigere Frachtsätze werden der Hartsteinindustrie zukünftig gewährt. Es kommt für diese Industrie in Zukunft der Frachtsatz 5i in Betracht, welcher gegenüber den jetzigen Sätzen eine wesentliche Verbilligung bedeutet. Im Reichstage hat auch der Abgeordnete Scheidemann den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung das Versprechen, billige Frachtsätze zu gewähren, baldigst einlösen werde. — Auch unser Verband hat sich des öfteren schon für diese Bestrebungen erwärmt. Ein Erfolg ist nun doch schnellstens eingetreten.

Auffehen erregender Bankrott. Der Steinbruch- und Bauerngutbesitzer Krause in Ströbel (Schlesien) mußte Konkurs anfragen. Dieses Fallissement erregt im Ströbeler Gebiet ungeheures Aufsehen, denn Krause spielte in jenem Seimatsorte eine große Rolle. Den Steinarbeitern gegenüber hat er jederzeit den hartköpfigen Unternehmer herausgestellt. Als im Jahre 1907 von den Kollegen der Streit um die Tarifvorlage geführt wurde, da war es neben E. Klein und Schall auch Herr Krause, der seine Arbeiter aus den Werkwohnungen mittels Gerichtsvollziehers hinauswerfen ließ. Duzende von Steinarbeiterfamilien mußten im Freien kampieren, aber die Unternehmer, Krause voran, ließen eine Exmitterung um die andere vornehmen. Und wie beschimpfte dieser Herr überdies einige unserer Verbandsangestellten? Herr Krause ist wirtschaftlich nicht zugrunde gegangen, weil er etwa zu hohe Löhne zahlte, nein, er war kaufmännisch nicht genügend geschult, um sein Geschäft leiten zu können. Herr Krause bezieht als ehemaliger Obersteiger eine anständige Pension, so daß er immerhin noch eine auskömmliche Existenzmöglichkeit hat. Als Mensch tut uns K. leid, aber das können ihm die Arbeiter nie verzeihen, in welcher unmenschlicher Weise er gegen sie mit Gerichtshilfe vorgegangen ist.

Wir stehen jetzt in Ströbel wieder vor einer Lohnbewegung. Ob die übrigen Herren Unternehmer aus dem letzten gewaltigen Kampfe etwas gelernt haben, wird sich bald zeigen.

Auffällige Differenz. Für eine Brücke in Rendsburg waren 210 cbm Perlfeste aus Granit ausgeschrieben. Es forderten unter anderen:

C. Besser, Görlitz	26 787.05 Mk.
J. Boeb, Meyen, Basaltstein	28 172.22 "
Beck, Hujum	29 437. "
B. Rudolf, Görlitz	29 670.82 "
Herrn. Wegner, Hannover	30 188.85 "
C. F. Lehmann, Eriegaau	40 082.76 "
Hans Kästner, Hamburg	56 721.63 "

Solche Angebote müssen doch großes Kopfschütteln erregen. Genasführte Steinarbeiter. In Dossenheim (Baden) sind die Porphyranarbeiter christlich organisiert. Die Steinarbeiter hielten nun kürzlich ein Sommerfest ab und, wie die schwarze „Gewerkschaftsstimme“ berichtet, waren sehr gewichtige Persönlichkeiten zum Volke herabgestiegen. Wir lesen:

Der Vorsitzende konnte auch den national liberalen Herrn Reichstagsabgeordneten Beck, den konservativen Landtagsabgeordneten Herrn Panischbach und den Landtagsabgeordneten Herrn Hödel von der Zentrumspartei begrüßen. Desgleichen begrüßte Kollege Eichenlaub den Herrn

Bürgermeister Ruland von Dossenheim, den Generalsekretär Schmitt-Carlruhe, den Arbeiterssekretär Schenk-Mannheim, Herrn Lehrer Hollenbach-Heidelberg und andre. Herr Landtagsabgeordneter Dr. Jechter sowie Herr Dr. Schofer hatten Schreiben gesandt. Herr Landtagsabgeordneter Stadtpfarrer Knebel-Mannheim sandte ein Telegramm, in dem er hervorhob, daß er gern dabei gewesen wäre, wo christlich-national gekannte Männer ihre Ueberzeugung offen bekunden. Der evangelische Pfarrer Bender-Schatthausen teilte mit, daß er verhindert sei, zu kommen.

In Protokollen fehlt es den Dossenheimer Steinarbeitern nicht, und wie aus dem Auszug hervorgeht, ist der politische Knudelmuddel unter den Abgeordneten ein sehr großer. Also die Schwarzen lassen sich auch von den Gnadenjonne eines konservativen Abgeordneten beschleimen. — Doch sehr richtig, wir leben im Zeitalter des schwarz-blauen Blats. Es fehlten bei diesem Sommerfest nur noch die Gelben, dann wäre das Bild noch schöner geworden. Hoffentlich haben die Steinarbeiter die parlamentarier richtig „angestaunt“, denn solche Persönlichkeiten sind nach der Reichstagswahl wohl bei Arbeiterfestlichkeiten nicht mehr zu sehen.

Steinbruchindustrie Italiens. Die Steinbruchindustrie beschäftigt in Italien mehr Arbeiter als der Bergbau. Allgemeine Angaben über dieselbe in den letzten zehn Jahren ersieht man aus der Tabelle:

Jahr	Zahl der betriebenen Steinbrüche	Gesamtwert der Gewinnung Lire	Zahl der beschäftigten Arbeiter
1900	5 178	32 831 435	31 585
1901	11 441	37 201 903	56 948
1902	11 495	40 132 305	57 950
1903	11 556	41 164 562	58 837
1904	11 576	43 856 103	59 063
1905	11 452	45 004 560	59 342
1906	11 565	48 066 033	65 648
1907	12 045	50 819 746	67 921
1908	12 204	51 334 566	69 108
1909	12 452	50 069 701	69 143

Der Gewinnung von Marmor kommt die größte Bedeutung zu. Ihr Wert betrug in 1909 17,35 Millionen Lire, was bei einer Gewinnung von 391 295 Tonnen einen Wert für die Tonne von 44,35 Lire ergibt. Der größte Teil dieser Menge, nämlich 325 700 Tonnen im Werte von 14,6 Millionen Lire stammt aus den bekannten Brüchen von Massa-Carrara, die in 1909 mit den ihnen angegliederten Betrieben 17 380 Arbeiter beschäftigten. In der Ausfuhr Italiens spielt der Marmor eine nicht unerhebliche Rolle; 1909 wurden aus dem Bezirk der Apuanischen Alpen 302 000 Tonnen ausgeführt, davon 149 000 in unbehauenen Zustand, 136 000 Tonnen gefügt und 17 000 Tonnen bearbeitet. Den besten Markt findet dieser Marmor in den Vereinigten Staaten, die 1909 54 000 Tonnen bezogen; Großbritannien und Südamerika erhielten 28 000 Tonnen, Frankreich 27 000 Tonnen, Belgien 23 000 Tonnen, die wohl ebenso wie die Ausfuhr nach Holland in Höhe von 10 000 zum Teil ihren Weg nach Deutschland gefunden haben. Die direkte Zufuhr nach Deutschland belief sich in dem genannten Jahr auf 22 000 Tonnen.

Berichtigung. Der Inhaber der in Konkurs geratenen Firma in Kiel ist Franz Blumental und hat Schlauch als früherer Inhaber damit nichts zu tun.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 24. bis mit 20. Juli 1911. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranen- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

Demis-Thunitz, B. 979.20, E. 25.—, K. 49.95. Hofhofsverba, B. 369.96, E. 2.50, K. 2.—, Ab. 1.20. Bensheim, B. 8.40, K. 0.60. Videnbach, B. 13.85, M. 0.40. Göln II, B. 40.50. Kirzberg, B. 472.—, K. 28.—. Reibra, B. 78.70, K. 15.40, M. 1.—. Reichen II, B. 130.—. Pilgramreuth, B. 78.96, K. 55.50. Pofen, B. 6.—. Regensburg, B. 168.—. Freuen, B. 216.40, E. 5.50, K. 15.20. Weichselburg, B. 84.—, E. 1.—, K. 4.25. Zwidau,

B. 89.—, E. 0.75. Brafer, B. 31.20. Saalburg, B. 36.20. Steinwiesen, B. 7.50. Siersbach, B. 7.—. Arnstadt, B. 4.60. Klöße, B. 3.—. Wären, 2.40. Zörgau, B. 11.—. Waldsassen, B. 5.—. Wittenberg, B. 4.80. Gilmersdorf, B. 2.40. Weiborf, K. 1.—. Burgen, B. 500.16, E. 17.—, K. 10.10. Unsen, B. 252.—, K. 1.85, M. 0.40. Stuttgart, B. 249.90, K. 0.60. Schopfloch, B. 6.—. Müdnitz, B. 10.50, K. 3.75. Rothenburg, B. 153.25. Pilgramreuth, B. 5.04, K. 44.60. Rayen, B. 79.80, K. 1.20. Lauban, B. 42.—, E. 22.50. Verbach, B. 66.10, K. 0.50. Königsberg, B. 184.46, E. 0.50, K. 7.90. Garbheim, B. 50.—. Heilbrunn, E. 12.—. Avelsbjen, B. 201.40, E. 2.—. Floß, B. 214.70, K. 9.10. Göffenheim, B. 40.04, E. 1.—, K. 1.05. Gausenberg, B. 281.—, E. 16.50, K. 20.—, M. 2.50. Kirchheim, B. 290.05, E. 39.50, K. 8.70. Münster, B. 57.92. Osterholz, B. 84.—, K. 0.75. Müdnitz, B. 241.50, E. 11.50. Weplar, B. 143.—. Jever, B. 7.20. Bennigsen, 3.60. Berlin, B. 2.60. Annen, B. 1.—. Kray, B. 4.80. Zwingerberg, B. 84.—. Weg, B. 12.—. Faulbach, B. 6.75. Colmar, B. 4.50. Mannheim, Div. 13.50. Dürr-Arnsdorf, B. 72.43, E. 3.50, M. 2.70. Solenberg, B. 107.28, E. 1.—, K. 0.70. Weg, B. 128.50, E. 3.50, K. 3.60. Sulzfeld, B. 63.—, E. 4.50. Steinen, B. 9.—, E. 0.50, K. 0.35. Wulsdorf, B. 99.60, K. 0.40. Rothenburg, B. 21.75. Wittenberg, B. 6.50.

Berichtigung. In der Quittung in Nr. 29 des „Steinarbeiter“ muß es unter Deutmannsdorf heißen: B. 152.60 und nicht 150.60.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV. zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist. D. D.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Regensburg. Eruche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Schleifers Joseph Salebyak (Interimsstraße Nr. 326/4) zukommen zu lassen. Hans Kiepel, Kass., Weberergasse 127, II.

Müdlingen. Hans Kollegen Baumann (Schweiz), Ränger (Hofenfurt) und Taler (Neustadt an der Elbe) möchten ihren Verpflichtungen nachkommen. Fritz Müdlingen, Vorsitzender.

Eisenach. Eruche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Steinschleifers Johann Schwanz (Buch-Nr. 11 005) mitzutellen; derselbe ist hier abgereist, ohne seinen Pflichten nachzukommen. Otto Röder, Kassierer, Exerzierplatz 4.

Kasserode. Eruche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Schleifers Karl Wunderlich, geb. am 25. September 1888 in Selb, zuzusenden zu wollen. Hermann Haupt.

Adressen-Veränderungen.

Lauban. Vors.: Paul Enders, Weberstraße 13. Kass.: Emil Krens, Nieder-Alt-Lauban, Nr. 3.

Bad Müling. Vors. u. Kass.: Joseph Manetschötter.

Altenhof (Kreis Wehlar). Vors.: Fritz Theobald. Kass.: Georg Thor.

Saibach bei Mchaffenburg. Vors.: Adam Otto. Kass.: Johann Schud.

Gotha. Vors.: Joseph Hilberth, Sangensalzaer Str. 48.

Heilbrunn. Vors.: Heinrich Ebert, Frankfurter Str. 26.

Kass.: Gottlieb Knaus, Kreuzenstraße 30, I.

Dösch. Kass.: Hermann Heßlich, Lutherstraße 1.

Grünsfeld. Vors.: Adam Rögler.

Rothenburg a. T. Vors.: Stephan Klein, Johannitergäßchen.

Briefkasten.

Strahburg (Elsas). Vielen Dank für die Zusendung. Wir kommen in einem besonderen Artikel darauf zurück. Besten Gruß! — Berlin. Zum Bismarckdenkmal in Hamburg kam Granit aus der Rappelroder Gegend (Schwarzwalde) zur Verwendung. Die übrigen Anfragen können wir nicht beantworten. — A. 500. Der vorläufige Stundenlohn kommt in Frage. — **Kosfeld.** Die Kirche benutzt unser Adressenverzeichnis, um die Vorstandsmitglieder mit Druckfahnen zu überschwemmen. Besonders die Rubrik: Adressen-Veränderungen studieren diese Herren recht eingehend. Viele Grüße! — B. Wir denken nicht daran, Ordnung muß sein. — 154. Der Unternehmer hat kein Recht, solche Abzüge zu machen. Es ist beim Amtsgericht Klage zu erheben.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Düsseldorf.

Sonntag, den 13. August, findet ein gemeinsamer Ausflug unter Beteiligung der Zahlstellen Duisburg, Essen, Kupferdreh, Mühlheim und Elberfeld nach Werden statt. Dortselbst im Lokal zur Tonhalle finden Belustigungen aller Art nebst Tanzkränzen statt. Rege Beteiligung erbittet Das Festkomitee.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Niederschlesischer Sandsteinbezirk

Sonntag, 6. August, nachmittags 2 1/2 Uhr

Distrikts-Sommerfest in Alt-Warthau

im Gasthof zum Steinberg.

Reichhaltiges Programm: Kinderbelustigung

Aus den Zahlstellen Alt-Warthau, Bunzlau, Raokwitz, Löwenberg-Plagwitz, Lähn, Hockenu und Deutmannsdorf darf wohl Massenbesuch erwartet werden.

Das Festkomitee.

Tüchtige Steinmetzen

werden noch eingestellt auf den Werkplätzen Mittelsteine und (Wallisfurth)-Waldorf, Post Rüdgers (Schlesien).

L. Niggel, Hofsteinmetzmeister.

Steinmetzgesellen

auf Granit und Sandstein, Stellung dauernd, sucht

S. Schirmeister, Prenzlau.

Friedrich Dittrich
23 Jahre alt, ab sofort Deine Adresse an, Deine Mutter sucht Dich.
Fr. Benz, Kassierer, Deringingen (Württemberg).

Schürzen

Hauswäschereien, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jackets, Leder- und Stofftaschen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Bestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingekandt werden.)

In Alt-Warthau (Schlesien) am 24. Juli der Kollege Otto Wiesenhaden, 43 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.

In Dortmund am 22. Juli der Kollege Karl Feunede, 31 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In Leipzig am 29. Juli der Kollege Otto Halbrod, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

In Pirna am 24. Juli der Kollege August Appelt, 61 Jahre alt, an Herzschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Tüchtige Steinmetzen für dauernde und lohnende Arbeit sucht

L. Niggel, (Wallisfurth)-Waldorf, Post Rüdgers Graßhaff Glay (Schlesien).

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Altengesehellschaft.

schlechte Organisationsbildungen hat es verhindert, daß man speziell für die kaufmännischen Industriebeamten auf dem Wege gemeinsamer gewerkschaftlicher Selbsthilfe eintreten kann. zureichende statistische Situationsbilder über die Einkommensverhältnisse erhalten konnte. Aber der Praktiker wird wissen, daß großindustrielle Weltfirmen die sogenannten Betriebschreiber mit Wochenlöhnen zwischen 20 bis 25 Mk. durchschnittlich beschäftigen, und bei den auf monatliche Kündigung angestellten Beamten gilt schon eine Position von 150 Mk. Gehalt monatlich zu den gutbezahlten Stellungen.

Aber diese soziale Position hat sich noch durch einen andern Umstand wesentlich verschlechtert, durch die Konkurrenz der arbeitenden Frau. In der kaufmännischen Bureautube zeigt sich jetzt in ihren Anfängen die gleiche Erscheinung, die im industriellen Fabrikal schon längst vor sich gegangen ist: Von dem Zeitpunkt an, dem es dem Fabrikorganisationsleiter gelang, den Arbeitsprozeß immer mehr zu schematisieren, konnte die ungelernete Arbeitskraft, vor allen Dingen die Frau, mit hineingezogen werden. Die Handlungshilfen hat sich im kaufmännischen Kleingeschäft sowie im Warenhaus schon ein großes Arbeitsfeld eröffnen können und wird jetzt auch immer häufiger zu den Schreibbureaus der großen Firmen zugelassen. Hier läßt man von ihr alle die einfachen Schreibarbeiten verrichten, die keine besonderen Vorkenntnisse erfordern, wie die Führung von Raerbüchern, Bedienung von Schreibmaschinen usw. Die Frauenarbeit wird also auch hier immer mehr zum Mittel, den Wert der Arbeitskraft des kaufmännischen Industriebeamten herabzudrücken.

Der Stand der Tarifverhandlungen in der Oberlausitz.

Endlich ist es am Montag, den 31. Juli, gelungen, die Tarifverhandlungen in Demitz-Thumitz, soweit die Steinarbeiter in Frage kommen, zu beenden. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß der Tarif selbst nun endgültig angenommen sei. Es steht noch der Beschluß der beiden Vollversammlungen aus, und es werden noch etwa 14 Tage verstreichen, bis über die Bewegung gesagt werden kann, daß sie als abgeschlossen oder als vertagt gilt. Die Verhandlungen gingen sehr langsam vonstatten, weil die Firmen Unternehmer immer 8 Tage aussetzten, ehe ein weiterer Verhandlungstermin stattfinden konnte. Und so hatten die Lausitzer Steinarbeiter eine wahre Geduldsprobe über sich ergehen zu lassen. — In späteren Zeiten wird in dieser Beziehung etwas flottes gearbeitet werden müssen. Das wissen die Herren Unternehmer auch.

In der Oberlausitz herrschte bisher das „wilde“ Affordsystem mit all seinen Schön- und Sonderheiten in trassierter Form. Ein detaillierter Tarif würde dem ein Ende machen, und für die Unternehmer selbst sind Einkalulationen schon aus Gründen der Raskulation ein sehr erstrebenswertes Ziel. Wir könnten einige Submissionsblüten anführen, aus Laifgefühl wollen wir davon Abstand nehmen.

Die Unternehmer sind im Hartsteinindustriellen-Verband organisiert, und dieser ist wiederum dem Industrieschuß (Sitz Dresden) angeschlossen. Der Industrieschuß hat ja bei den großen Lohnkämpfen in Seucha, Grimma, Aue, Kirchberg usw. schon mit dem Zentralverband deutscher Steinarbeiter geschäftlich zu tun gehabt, er wird wissen, daß man einzelne Punkte nicht so ohne weiteres einseitig festlegen kann. Die Tarifkommission der Arbeiter gab sich alle erdenkliche Mühe, auf die Unternehmertarifkommission trifft das auch zu, daß die Verhandlungen immer wieder in Fluß gebracht wurden. In der Arbeiterkommission hat man aber mit Kopfschütteln vernommen, daß die Tariffdauer auf drei Jahre festgesetzt werden soll. Wohlgerne, ein erstmaliger Abschluß soll gleich auf drei Jahre gültig sein. Die Verhandlungslinie ließ durch ihren Vertreter in umfassender Weise ihre großen Bedenken darlegen, und die Unternehmer erklärten, daß sie in ihrer Vollversammlung die Gründe der Arbeiter würdigen werden. Wie gesagt, es handelt sich bei dieser Tarifbewegung erst darum, daß in die Verschiedenheit der Entlohnungsweise einigermaßen Ordnung kommt. Und da ist es nicht mehr als recht und billig, wenn die Tariffdauer erstmalig — zwei Jahre nicht überschreitet. Stellen sich Ungleichheiten während dieser Zeit heraus, so können sie nach zwei Jahren durch eine gegenseitige Verständigung ausgemerzt werden. Beträgt aber die Tariffdauer gleich zum Anfang drei Jahre (auf ein solches Diktum könnte unser Verband nicht eingehen), so würde arbeiterteils die ganze Geschichte mit einem großen Mißmut schon von vornherein betrachtet. — Halten die Herren Unternehmer an ihrem Vorschlag strikt fest, so dürfte die ganze Vorlage zu unserm Leidwesen schon heute als gescheitert gelten, denn schließlich haben auch die Arbeiter das Recht, zu sagen: „Dieser Vorschlag ist für uns unannehmbar, lieber behalten wir uns für die Zukunft Dispositionsfreiheit vor.“ Wir würden es aber sehr bedauern, wenn die Vorlage zum Scheitern käme.

Die Vollversammlung der Herren Unternehmer muß auch darauf Rücksicht nehmen, daß die bestehenden Prozentzuschläge, welche in einigen Betrieben gewährt, in Zukunft weiterbezahlt werden. Alle beruflichen Nuancen können eben nicht mit einemmal durch den Bezirkstarif ausgelöscht werden, und deshalb ist unser Verlangen ja nichts andres, als daß in dieser Beziehung der Statusquo gewahrt wird.

Unternehmerseits wurde dringend gewünscht, daß die Arbeitszeit pünktlich eingehalten wird, auch auf die Trinkunfälle wurde verwiesen. Unser Verband weiß diese Gründe sehr wohl zu würdigen, und es ist das Bestreben der Organisation, auch hierin Ordnung mit sicherer Hand zu schaffen. Im „Steinarbeiter“ sind eine Reihe von Artikeln erschienen, welche das Alkoholaster in scharfer Weise geißeln. — Im Handumdrehen kann natürlich auch in der Oberlausitz nicht alles wunschgemäß erledigt werden.

In der Sitzung am Montag wurde auch, und das ist sehr erfreulich, die Einsetzung eines Schiedsgerichts beschlossen. Dasselbe soll als „Rentil“ bei eventuellen tariflichen Differenzen dienen. Die getroffenen Bestimmungen sind nicht übermäßig lang, sie riechen nicht nach Bürokratismus und juristischen Schwulst, und gerade weil sie eine schnelle Entscheidung in der Rechtsprechung zulassen, hat diese Schiedsgerichtsbestimmung auch bei den Arbeitern lebhafteste Anerkennung gefunden. (Die Detailbestimmungen lehnen sich an die des Fichtelgebirgstarifstarifs an.)

In den nächsten Tagen wird eine Massenversammlung zu der Tarifvorlage Stellung nehmen. Die hier skizzierten

Mängel werden in derselben eingehend diskutiert werden. Die Arbeiterschaft und die Verbandsleitung gehen sicherlich auch fernerhin, mag der Ausgang sein wie er will, konform. — Wir nehmen ohne weiteres an, daß die Herren Unternehmer in ihrer Vollversammlung die berechtigten Wünsche der Arbeiter anerkennen.

Die Verhandlungen über die Tarifvorlage der Speller (Brecher), Pflastersteinbohrer und Hilfsarbeiter beginnen nächste Woche. Ingesamt sind an den gesamten Tarifverhandlungen etwa 1500 Arbeiter interessiert.

Aus dem Löwenberger Steinbruchsgebiet.

Bekanntlich besteht für den Steinindustriebezirk Buns-lau-Löwenberg (Schlesien) ein Bezirkstarif, und sind auch alle Unternehmer im Bezirk demselben angeschlossen. Nur Herr Steinmehrmeyer N. Ende in Löwenberg macht hiervon eine Ausnahme. Er will Herr im Hause sein. Die Zahlstelle Löwenberg gab sich schon in früheren Jahren alle Mühe, Herrn Ende zu bewegen, der Tarifgemeinschaft beizutreten. Jedoch vergebens. Man sah später davon ab, da bei ihm (mit wenig Ausnahme) organisierte Steinarbeiter nicht beschäftigt waren. Wir würden uns auch jetzt nicht damit beschäftigen, wenn sich Herr Ende nicht in letzter Zeit als unliebsamer Konkurrent gezeigt hätte. Die meisten Behörden sind leider sozial noch nicht soweit vorgeschritten, daß sie nur an solche Firmen Aufträge vergeben, die mit ihren Arbeitern in einem festen Tarifverhältnis stehen. Und so kam es, daß Herr Ende für das billigste Angebot und das schlechtere Material den Zuschlag bekam. Daß darunter nur die Arbeiter zu leiden haben, ist wohl selbstverständlich. Daß von der Bundesratsverordnung wenig zu spüren ist, sei nur nebenbei bemerkt.

Die Kollegen am Orte waren nun der Meinung, daß organisierte Steinarbeiter sich nicht finden werden, die sich dazu hergeben, unter diesen Verhältnissen bei Herrn Ende Arbeit anzunehmen. Herr Ende hat nun überall, selbst in der Parteipresse, Steinmehrer auf Bauarbeit gesucht. Von den hiesigen Kollegen ist es auch niemand eingefallen, Herrn Ende aus der Klemme zu helfen, obwohl ein so schlechter Geschäftsengang zu verzeichnen ist, wie nie in den letzten Jahren. Die Kollegen sind lieber abgereist oder laufen noch arbeitslos herum. Jedoch wir haben uns in den fremden Kollegen getäuscht. Diese Kollegen kamen und gingen bei Ende an, ohne sich bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. Als die Ortsverwaltung das erfuhr, stand sie vor vollendeter Tatsache. In einer darauf einberufenen Versammlung, zu welcher alle Kollegen von Ende eingeladen waren, schützten diese Kollegen Unkenntnis vor. Mit andern Worten: Sie wußten nicht, daß, wenn der Minimallohn nach dem Bezirkstarif 68 Pfg. beträgt, man nicht für 50 Pfg. und schließlich noch weniger arbeiten darf. Die Versammlung hat selbstverständlich das Vorgehen der betreffenden Kollegen nicht gutgeheißen und beschlossen, daß die Kollegen bei Herrn Ende sofort vorstellig werden und mindestens den Minimallohn des Distrikts tarifs verlangen müssen. Zu gleicher Zeit wurde auch die Ortsverwaltung beauftragt, mit Herrn Ende in Unterhandlung einzutreten zwecks unterschriftlicher Anerkennung des Tarifs.

Der Stundenlohn von 68 Pfg. ist den Kollegen nach ihren Aussagen wohl zugestanden worden, aber die Ortsverwaltung ist auf ihre schriftliche Anfrage bis heute noch ohne jede Antwort. Auch auf eine zweite Anfrage auf Beschluß der letzten Delegiertenversammlung hat Herr Ende noch nicht geantwortet, sondern er droht sogar mit dem Staatsanwalt wegen Belästigung! Der Beschluß der letzten Delegiertenversammlung lautet: „Die Kollegen auf Bauarbeit dürfen im Distrikt nur bei solchen Firmen in Arbeit treten, welche den Tarif durch Unterschrift anerkannt haben. Andernfalls stellen sich diese Kollegen selbst außerhalb des Verbandes.“ Nun liegt die Sache bei Ende so, daß der größte Druck vorüber ist. Die meisten Kollegen sind schon abgereist und die übrigen halten nur noch ihre Kündigungsschrift ein. Also haben wir jetzt keine große Macht mehr in den Händen. Die Ortsverwaltung macht aber in Zukunft alle Kollegen auf den Beschluß der letzten Delegiertenversammlung aufmerksam, und erlucht, Arbeitsangebote bei Ende nicht anzunehmen, sondern sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Korrespondenzen.

Altenhof (Westerwald). In einer am 11. Juli stattgefundenen Versammlung referierte Gauleiter Herrmann über den deutschen Steinarbeiterverband und seine Bedeutung für die Kollegen. Der Redner verstand es, den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation klar zu machen, auch erklärte er, welche Pflichten im Verbands zu erfüllen sind und welche Rechte die Kollegen haben. Seine etwa einstündigen Ausführungen fanden den Beifall der Kollegen. In der Diskussion wurden von den Kollegen an den Referenten noch verschiedene Anfragen gestellt, welche dieser beantwortete. Da 24 Kollegen ihren Beitritt erklärten und eine größere Anzahl am Jahrtag noch beitreten will, so wurde eine neue Zahlstelle gegründet. Als Vorsitzender wurde Kollege Fritz Theobald und als Kassierer Kollege Georg Thor gewählt. Im Schlußwort erwähnte der Referent die Kollegen nochmals, mit aller Kraft an dem weiteren Ausbau der Zahlstelle mitzuarbeiten. Nur wenn alle Kollegen freudig für die Ausbreitung des Organisationsgedankens wirken, sei eine Besserstellung der Existenz zu ermöglichen. Auch über die Stellungnahme unseres Verbands wegen dem Pflastersteinlohn gab der Gauleiter den Kollegen eine völlig befriedigende Auskunft. Hoffentlich können wir bald von einer weiteren Mitgliederzunahme berichten.

Floß (Oberpfalz). Am 22. Juli fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, die sich mit dem geplanten Tarifbruch der Firma Steinhardt zu beschäftigen hatte. Genannte Firma brachte es durch Ueberredung fertig, daß sich unsere dort beschäftigten Kollegen erboten, unter Tarif zu arbeiten, damit, wie die Firma sagte, wieder Arbeit zu bekommen wäre. Alles wurde geräuschlos gemacht, damit die Zahlstellenverwaltung keinen Wind bekomme. Erst als wieder frische Leute in den Betrieb kamen, hörte man von diesem unerhörten Vorgang. Auf die sofort eingeleiteten Schritte seitens der Verwaltung entschloß sich die Firma, wieder den Tarif einzuhalten. Nachdem dieses alles vom Vorsitzenden geschildert war, setzte eine rege Diskussion ein, in der besonders das Verhalten des Herrn Direktors Träger sowie seines schollen Helfers, unfres früheren Kollegen Baptift Wirt, scharf verurteilt wurde. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung vom 22. Juli nimmt den Bericht über den geplanten Tarifbruch der Firma Steinhardt zur Kenntnis und erkennt in der ganzen Sache die führende Hand des Herrn Träger, der es sich wahrscheinlich zum Ziel gesetzt hat, Uneinigkeit in unfre Reihen zu bringen. Die Versammelten fragen bei den Herren Geschäftsinhabern an, ob sie mit diesen Schritten des Herrn Träger einverstanden sind, nachdem sie doch erst kürzlich den Tarif unterschriftlich anerkannt haben. Im weiteren kann auch unser dort beschäftigter Kollege der Vorwurf, daß sie unrichtig handelten, nicht erspart bleiben.“ — In letzter Zeit setzt hier der christliche Arbeiterverband alle Hebel in Bewegung, um eine Zahlstelle zu gründen. Natürlich mußte der Herr Pfarrer helfend eingreifen. Dieser trommelte dann die Herrlich Gestarten zusammen, wo ihnen ein gewisser Herr Schwarz etwas vorkaufte. Wohlweislich sprach er kein Wort über den christlichen Verband; wahrscheinlich fürchtete er, von unsern anwesenden Kollegen damit blamiert zu werden. Welchen Unsin und welche

Sagen er sich den Anwesenden zu sagen erlaube, erkannte jeder aus der etnen Phrase, nämlich, daß die christlich organisierten einflußreicher seien, als die freien. Das glaubten ihm selbst seine Anhänger nicht. Nun wurden schmutzige Flugblätter verteilt, in denen natürlich auch wir wieder unsern Teil abbekamen. Zuletzt wurde noch der folgende Sonntag bestimmt zur Gründung einer Zahlstelle. Aber leider war es nichts, der Besuch blieb aus, wie auch die Zahlstelle noch auf sich warten läßt.

Kronach (Oberfranken). Hier stehen die Maurer schon seit längerer Zeit im Streik. Die Poltere K a l b und M ö d e l der Firma Wetter-Eltmann forderten nun drei Steinbauer auf, das Stocken für einen Bau der Firma Müller (Waugeschäft) auszuführen. Da derartige Arbeiten hier nach Ortsgebrauch von den Maurern ausgeführt werden, verweigerten unfre Kollegen diese Arbeit. Inwiefern dieser Vorgang zu weiteren Differenzen Anlaß geben wird, läßt sich noch nicht beurteilen. Uns scheint, daß die Direktion in Eltmann von dem sonderbaren Vorgehen der Poltere keine Kenntnis hat und deren Maßnahmen nur getroffen wurden, um die Arbeiter zu provozieren.

Riegnitz. Am 17. Juli fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer gab Bericht über die Abrechnung vom 2. Quartal und es wurde ihm über die Abrechnung Entlastung erteilt. Laut Versammlungsbeschlusses wird das Platzgehalt auf Max Merkel ausgezahlt. Als Kartelldelegierter wurde Kassierer Neumann gewählt. Die Anschaffung eines Stempels „Versammlung besucht“ wurde beschlossen. Zum Schluß der Versammlung hielt Kartellvorsitzender Genosse Mat eine Ansprache an die Versammlung und ermahnte die Kollegen, fest zusammenzuhalten.

Neustadt a. d. Saardt. Im Lokal Braun, Simmelingen, fand eine Versammlung statt, welche von 60 Kollegen besucht war. Alle waren gespannt auf das Referat Sarferts. Leider machte der Vorsitzende Holz die Mitteilung, daß der Gauleiter am Erscheinen verhindert sei; er müsse in Weinheim einer Gewerbegerichtsverhandlung beiwohnen. Im weiteren wurde rege Beteiligung der Kollegen an den örtlichen Vorständen gewünscht. Besonders der Vorsitzende von Alfens, Kollege Müller, verstand es vortrefflich, auf die Individualitäten einzuwirken. Es wurde am Schluß noch erwähnt, daß die Versammlung sehr interessant gewesen sei, so daß man kein Referat gebraucht hätte. Der Vorsitzende dankte den Alfenser Kollegen für ihre tatkräftige Unterstützung.

Pirna. Die Steinarbeiter hielten am 25. Juli im Volkshaus für die in Pirna arbeitenden Kollegen eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: Abrechnung vom zweiten Quartal und Bericht über die im verfloffenen Quartal stattgefundenen Lohnbewegungen. Kollege Ernst gab den Kassierbericht, der einschließlich des Kassierberichts vom 9. April 1911 mit einer Einnahme von 46 604,17 Mk. und einer Ausgabe von 14 751,28 Mk. abschloß. Es war somit am 9. Juli ein Kassierbestand von 31 852,89 Mk. vorhanden. Lohnbewegungen ohne Kampf haben stattgefunden in der Grabsteinbranche in Dresden, bei den Marmorarbeitern in Dresden, Granitarbeitern in Dresden und Bohmen, Steingewinnung in Schöna. Der Streik der Mühlsteinarbeiter bei der Firma Gebrüder Israel in Pirna ist infolge starken Zugangs Arbeitswilliger verloren gegangen und wurde am 20. Juni für beendet erklärt. Die damals stattgefundenen Versammlung verhängte aber die Sperre über den Werkplatz. In der Debatte trat Kollege Ernst für die Aufhebung der Sperre ein, da dieselbe keinen Zweck mehr habe. Nach längerem für und Wider wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, die Sperre aufzuheben. Am Schluß rügte der Vorsitzende den schlechten Versammlungsbesuch und forderte die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß dies künftig besser werde. Gleichzeitig forderte er noch zur lebhaften Beteiligung an der Sonntag, den 30. Juli, stattfindenden Partie auf.

Versammlungen mit gleicher Tagesordnung fanden in Rothwernsdorf, am 18. Juli für Steinmehrer, am 19. Juli für Steingewinnung und Bearbeitung für das Postaer Gebiet im Modetal und am 20. Juli für Steingewinnung im Gottelubatal in Neudorf statt. In Neudorf wurde nach eingehender Debatte beschlossen, daß vom 1. August ab pro Beitragsmarkte 5 Pfg. Sozialzuschlag erhoben wird. Den Kollegen der Steingewinnung im Gottelubatal dies hierdurch nochmals zur Kenntnis.

Wentzschdorf (Schlesien). Die am Donnerstag bei Prjzibilla stattgefundenen Steinarbeiterversammlung war gut besucht. Kollege Deinhart als Kassierer gab den Kassierbericht vom 2. Quartal bekannt. Die anwesenden Revisoren sowie der Vorstand bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde auf Antrag Kollege Deinhart entlastet. Alsdann nahm die Versammlung den Bericht von der Delegiertenversammlung in Buns-lau entgegen und war diese mit den Ausführungen einverstanden. Die Wahl zweier Beisitzer wurde abgelehnt, dafür wurde ein stellvertretender Vorsitzender gewählt, und zwar Kollege Kumpf. Als Ersatzrevisor wurde Kollege Weisbarz gewählt. Zum Schluß gedachte der Vorsitzende in warmen Worten unfres verstorbenen Kollegen K u b i z a. Es muß anerkannt werden, welcher große Verdienste er sich um unfre Zahlstelle erworben hat. Er war ein ausgezeichnete Kenner unfres Tarifs, hat stets den Tarifverhandlungen beigewohnt und sich als Tarifkommissionsmitglied das vollste Vertrauen seiner Kollegen erworben. Er hat sein ganzes Ich in den Dienst seiner Kollegen sowie des Verbandes gestellt. Wer seiner Beerdigung beigewohnt hat, wird empfunden haben, daß ein Kollege von uns gegangen ist, welcher nicht so leicht zu ersetzen ist. Kein Auge blieb trocken, als unser guter und braver Kollege der Erde übergeben wurde. Er ruhe sanft! — Bedauert wurde von der Versammlung, daß Kollege Staubinger bei seiner Agitationsstour durch Schlesien unfre Zahlstelle nicht besucht hat. Wir hätten gerne einen Vortrag von ihm entgegengenommen, und es wäre ihm ein solcher Empfang nicht zuteil geworden wie im nahen Hohenau-Neudorf.

Schraudenbach. Im hiesigen Schleifsteingebiet waren im Frühjahr sämtliche Arbeiter ausgeperrt. Die Kollegen gehörten ausnahmslos dem christlichen Keram- und Steinarbeiterverband an. Ein Teil der hiesigen Kollegen beabsichtigt nun, da sie aus dem christlichen Verbands ausgetreten sind, in unfre Reihen beizutreten. Auf Ersuchen der Kollegen fand am 28. Juli im Schindelmännchen Lokale eine Versammlung statt. Kollege Boffe referierte. Boffe behandelte eingehend die Unterschiede, die zwischen den beiden Richtungen, christliche und freie Gewerkschaften, bestehen. Die Zuhörer folgten den Ausführungen mit großem Interesse; auch der jeweilige Vorsitzende des christlichen Verbandes, Kollege Mauber, dankte dem Referenten für seine Ausführungen und bestätigte, daß dieselben auch für sie lehrreich gewesen seien. Ein Vertrauensmann wurde aufgestellt, der die Bücher der übertretenden Kollegen sammelt und alle weiteren Vorarbeiten treffen wird. Es besteht somit berechtigte Hoffnung, daß auch hier die Kollegen zur Einsicht kommen, daß nur der Deutsche Steinarbeiterverband für sie die zuständige Berufsorganisation ist.

Strehlen (Schlesien). Hier fand am 28. Juli eine äußerst stark besuchte Steinarbeiterversammlung statt; es waren über 500 Kollegen anwesend. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Tags zuvor vom Vorstande Kollege Staubinger anwesend war. Er sei als Referent vorgefahren, aber Staubinger hätte in Ströbel zu tun, denn dort ständen die Pflastersteinarbeiter ebenfalls in Lohnbewegung. Kollege Berner verstarb, daß die Verbandsleitung der Lohnbewegung großes Interesse entgegen bringe. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken eines verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen geehrt. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: Bericht der Kom-

missionen über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Der Bericht wurde von dem Vorsitzenden in deutscher Sprache gehalten. Er wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Die Kollegen sind sehr unzufrieden mit dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes. Sie fordern eine sofortige Einstellung der Verhandlungen. Der Bericht wurde mit großer Spannung angehört. Die Kollegen sind sehr unzufrieden mit dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes. Sie fordern eine sofortige Einstellung der Verhandlungen. Der Bericht wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Die Kollegen sind sehr unzufrieden mit dem Verhalten des Arbeitgeberverbandes. Sie fordern eine sofortige Einstellung der Verhandlungen.

Ferner ist der Porzellanglasurstaub sehr gefährlich, weil er zugleich bleibhaftig ist. Ebenfalls der Staub, wie er bei der Bearbeitung von Gußeisen entsteht, da er mit Zaden und Widerhaken versehen ist. Dann ist besonders noch gefährlich der Schleifstaub, unter dem die Metallschleifer schwer zu leiden haben, nämlich den Steinmehl der durch Staub am meisten gefährdete Beruf. Von 1000 Metallschleifern starben 700 an Tuberkulose.

Die Bergleute haben neuerdings durch Anwendung der Bohrmaschine schwer zu leiden. Allerdings könne dieser Staub leicht durch Zuführung von Wasser gelöscht werden. Es liege an den Bergherren, wenn das nicht geschehe. Noch eine Menge verschiedener Staubarten zeigte der Vortragende im Lichtbilde, durch die vielfach auch Krankheiten übertragen werden können. Holz- und Textilstaub sind insofern schädlich, als seine Oberfläche rauh und faserig ist. Dadurch gibt er Anlaß zu Lufttröhlerkrankheiten usw. Schwindel wird dadurch fast nicht hervorgerufen. Nur der Staub der Motoren ist sehr spitz und kann deshalb leicht die Lunge angreifen. Auch der Tabakstaub ist durch seine Kleinheit und Spitzigkeit gefährlich. Die Lungen aller Erwachsenen seien mit Kohle durchsetzt, deswegen seien sie aber nicht krank. Die Lunge könne sich, wenn die Einatmung des Kohlenstaubes allmählich geschehe, daran gewöhnen.

Der Vortragende schließt: Es ist nachgewiesen, daß sich in durch Staub angegriffenen Lungen leichter Tuberkeln festsetzen. Deshalb sei es Pflicht der Gesetzgebung, der Organisation und des einzelnen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die die Arbeiter vor den Gefahren der Berufstätigkeit mehr als bisher schützen. Die starkbesuchte Versammlung spendete dem Vortragenden reichen Beifall.

Der Vortrag hat allerdings als Korrektur und Ergänzung des in der Ausstellung befindlichen Materials auf diesem Gebiete sehr gut gewirkt.

Korrespondenzen

Dortmund. Bereits im April konnten wir von einer geplanten Lohnbewegung auf einem hiesigen Kunststeinwerk berichten. Auch war erwähnt worden, daß wir mit den dort Beschäftigten und im Keramarbeiterverband organisierten gemeinschaftliche Sache machen wollten. Bessere konnten es aber nicht überwinden und übten Verrat! Zu Anfang des Monats Juli wurde die verschobene Bewegung wieder aufgenommen, und fanden am 7. Juli die ersten Verhandlungen statt, welche am 15. und 18. fortgesetzt wurden, und zwar auf Wunsch des Vertreters der Firma unter Hinzuziehung des Gauleiters Herrmann. Herrmann sollte Verhandlungen anbahnen zwecks Einführung von Einheitslöhnen in den Kunststeinwerken des Industriegebietes. Die Kollegen erblickten hierin eine Verschleppungstaktik und faßten gleichzeitig den Beschluß, nochmals Verhandlungen anzubahnen und eventuell die Lohnforderung (die übrigen Forderungen: Errichtung von Unterkunfts-, Ankleide- und Frühstücksräumen, waren bereits akzeptiert) so zu stellen, daß sofort 3 Pfg. und ab 1. April kommenden Jahres weitere 2 Pfg. Lohnerhöhung erfolgt. Sollte auch letzterer Vorschlag nicht angenommen werden, ruht die Arbeit resp. reichen die Kollegen die Kündigung ein! Die nachgesuchten Verhandlungen fanden statt, es wurde jedoch nichts Positives erreicht, so daß mittags die Arbeit ruhte. Nach 4stündiger Arbeitsruhe war letzterer Beschluß seitens der Firma angenommen. Die Keramiker sind nun über unsern Erfolg sehr angenehm.

Chringendorf. Am 18. Juli hielten die Kollegen der Zahlstelle Chringendorf eine Mitgliederversammlung im Volkshaus zu Weimar ab, die leider nur mäßig besucht war. In dieser gab der Kassierer den Kasfenbericht, der für richtig befunden wurde. Nachdem wurden einige Neuwahlen zur Ortsverwaltung vorgenommen. Da auch der Kartellbericht auf der Tagesordnung stand, gab der betreffende Delegierte Bericht darüber. Im Bericht wurde über einige Kollegen scharf kritisiert, weil sie sich Arbeitszeitüberschreitungen zu Schulden kommen ließen.

Friedenshausen. Am 22. Juli fand im Gasthaus zum Bären unsere Monatsversammlung statt, welche sich eines zahlreichen Besuchs erfreute. Beim 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer ein Bericht über die Quartalsabrechnung. Kasfenbestand vom vorigen Quartal 278.78 Mark, Einnahmen 659.75 Mark, Ausgaben 411.12 Mark, bleibt ein Kasfenbestand von 248.63 Mark. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Beim 2. Punkt: Tarifangelegenheiten, wurden hauptsächlich die großgestockten Arbeiten kritisiert. Bei verschiedenen Firmen wird diese Position auch bei gutgetrockneten Arbeiten angewendet, und dadurch die Kollegen zu schädigen und für sich einen höheren Profit zu ziehen. Diese Position muß beim nächsten Tarifabschluß verschwinden. Ferner rügte der Vorsitzende das Verhalten der Kollegen auf verschiedenen Plätzen, die sich herablassend gegen die Organisation kümmern und nicht einmal die Beiträge der auswärtigen Kollegen an den Kassierer abliefern mögen. So was muß für die Zukunft unterbleiben, denn nur Einigkeit macht stark. Für die geschädigten Kollegen in Grünsfeld und Heibingsfeld wurden aus der Ortskasse 18 Mark bewilligt.

Heidholzhäuser (Westerwald). Die am 12. Juli stattgefundene Versammlung war gut besucht, auch die organisierten Schupbacher Kollegen waren recht zahlreich erschienen. Gauleiter

mehr zur grotesken Komik sich vergerzt. Die Menschen leben wie im Hofzeremoniell, wo auch jeder genau seinen Platz in den Hunderten von verschiedenen Rängen kennt: jeder steht stramm vor dem Oberen, aber wehe, wenn der Nachfolger ihm nicht dieselbe Reverenz erweist. Das gesellschaftliche Leben zerfällt dabei und isoliert sich in engen Kreisen: Die Kavallerie verkehrt nicht mit der Infanterie, das Landgericht nicht mit dem Amtsgericht, der Beamte nicht mit dem Kaufmann, der Christ nicht mit dem Juden, und das befreit sich noch kaum trotz aller Bemühungen und trotz allen guten Beispielen einzelner Führer — solche Schilderungen habe ich in verschiedenen Städten zu hören bekommen. Ein Defizit an innerer Würde, das durch äußeren Schein verdeckt werden soll.

Die Industrie auf die Schlachtpferde angewiesen.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Das Pferd fleisch spielt in der Versorgung des Industriegebietes mit Fleisch eine nicht zu unterschätzende Rolle. Dies geht auch aus einem Gutachten hervor, das die Düsseldorf Handlungskammer der Eisenbahndirektion Oberfeld erstattet hat. Nach der Monatschrift der Düsseldorf Handlungskammer wird in einem Gutachten über Frachtermäßigung für Schlachtpferde ausgeführt: Der Verbrauch des Pferdefleisches in den unteren Bevölkerungsschichten nimmt von Jahr zu Jahr zu. Bei den ständig seit Jahren bestehenden hohen Viehpreisen ist dies auch erklärlich, und der Pferdefleischverbrauch wird sich aller Voraussicht nach noch steigern, weil durch die lang andauernde Maul- und Klauenpeste, sowie durch den bössartigen Charakter des Seuchenganges der größere Teil des Jungviehs, der zur Aufzucht bestimmt war, abgeschlachtet werden mußte. Wir gehen daher für die Fleischversorgung teuren Zeiten entgegen. Es ist richtig, daß die hiesigen Pferdemeister in der näheren Umgebung keine oder keine genügende Menge Schlachtpferde mehr erhalten können. Ueberhaupt ist das ganze Industriegebiet auf die Einfuhr von Schlachtpferden angewiesen, die oft weit her aus Ostpreußen, Posen und Süddeutschland geholt werden müssen. Bei solch großen Entfernungen entstehen große Versandkosten, und eine wesentliche Herabsetzung des Frachttarifs für Schlachtpferde würde unseres Erachtens auch das Pferdefleisch wesentlich verbilligen, was der Arbeiterbevölkerung zugute käme. . .

Herrmann referierte über: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und ihre Lehren für die Arbeiterklasse. In seinem Vortrage gab er den Kollegen ein anschauliches Bild, wie auch in der Steinindustrie die Kapitalkonzentration rasklos vorwärts geht. Der einzelne Arbeiter sei machtlos, nur wenn die Arbeiter vereint seien, dann könne eine Besserung der Arbeitsverhältnisse erfolgen. Er schilderte dann noch die Verteuerung der Lebenshaltung durch den Zolltarif und ermahnte die Kollegen, auch unter den uns noch fernstehenden Kollegen, besonders auch den Hilfsarbeitern, in kräftiger Weise für den Verband zu agitieren. In der recht lebhaften Diskussion wurden noch verschiedene Berufsfragen erörtert; besonders waren die Kollegen über die äußerst aufklärenden Artikel im Fachblatt wegen des Pflastersteingolles erfreut. Anerkannt wurde, daß diese Artikel sehr objektiv waren. Einige Broschüren über den Pflastersteingoll wurden auch an die im Christlichen Keram- und Steinarbeiterverband organisierten Kollegen verteilt, welche dieselben mit großem Interesse studierten. Was von gewissen Zeitungen hier über die Stellungnahme unsres Verbandes bezüglich des Golles verbreitet wurde, das grenzt an das Unlaubliche. Jetzt sind aber auch diese Zeitungen still geworden, denn das Zentrum, die Konservativen, Liberalen usw. haben gegen den Pflastersteingoll gestimmt, trotzdem sie den Arbeitern vorher das Gegenteil versprochen hatten. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Höchst i. D. Nach langen Mühen seitens der Gauleitung sowohl als wie auch einiger tatkräftiger Kollegen ist es endlich wieder gelungen, die Steinarbeiter im Odenwälder Sandsteingebiet von Höchst unserm Verband zuzuführen. Wenn es aber auch je notwendig war, daß sich die Arbeiter organisierten, so war es in erster Linie mit in diesem Gebiet. Die Zustände, bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse spotteten in diesen Brüchen jeder Beschreibung. In der Mehrzahl dieser Betriebe (es kommen derer 14 in Betracht), war es fast zu einer ständigen Einrichtung geworden, daß die Arbeiter 6, 8 und mitunter auch noch mehr Wochen warten mußten, bevor sich endlich der Unternehmer herbeiließ, den Arbeitern ihren sauer verdienten Lohn zu zahlen. Infolge des gänzlich wilden Affordes, wie er in diesen Betrieben herrschte, war es den Kollegen in dem größten Teil dieser Betriebe nicht einmal möglich, beim Aufbäumen eines Werkstückes den Preis für dasselbe erfahren zu können. So kam es, daß sie mehrere Wochen nacheinander gearbeitet hatten, ohne zu wissen, was sie für ihre Arbeit an Lohn zu beanspruchen hatten. Nicht allein aber nur nach dieser Richtung hin war es notwendig, endlich Wandel zum Besseren zu schaffen, auch hinsichtlich der Arbeitszeit lag sehr vieles im argen. In mehreren Betrieben, ja man kann wohl sogar sagen in allen, lehrten sich die Unternehmer wenig an die für Steinhauer und Steinbrecher festgesetzte 9- bzw. 10stündige Arbeitszeit, sondern swornten die Arbeiter noch dazu an, diese Bestimmung zu mißachten. Alle hiergegen bei der Gewerbeinspektion eingeleiteten Beschwerden hatten wenig, oder gar keinen Erfolg. Die Behandlung, wie sie zudem noch von einigen Unternehmern den Arbeitern zuteil wurde, setzte der Mißere, unter der die Kollegen zu leiden hatten, die Krone auf. Alle diese jammervollen Zustände, in Verbindung damit eine seit einiger Zeit etwas besser als wie in den vorhergegangenen Jahren eingetretene Konjunktur, ließ den Kollegen endlich wieder frischen Mut fassen, so daß sie bis auf wenige Ausnahmen gegenwärtig alle unserm Verband wieder angehören. Dem von den Kollegen die ganze Zeit daher sehnlichst im Innern getragenen Verlangen nach Verbesserung dieser Verhältnisse konnte nun auch viel eher Rechnung getragen werden. Nach einigen Besprechungen mit den Kollegen wurde von seiten der Gauleitung und der Lohnkommission ein Vertrag ausgearbeitet und an die Unternehmer eingeleitet. Obwohl wir von einer Lohnforderung abgesehen hatten, um in Hinsicht auf die erst wieder frisch in Kraft getretenen und deshalb noch jungen Organisation einen Kampf zu vermeiden, suchten doch im Anfang die Unternehmer einer Unterhandlung zwecks Beratung dieses Vertrags alle möglichen Schwierigkeiten zu bereiten. Aber alles Dagegenstimmende half nichts. Der impulsive die Kollegen beherrschende Gedanke, eine Besserung der Verhältnisse auf jeden Fall herbeizuführen, zwang die Unternehmer mit uns in Verhandlung zu treten. Nach zweimaliger, allerdings schwieriger Unterhandlung, mochten sie es wohl eingesehen haben, daß ihnen ihr Widerstand nichts mehr nützen würde und so ließen sie sich denn herbei, bis auf drei von ihnen, die zu dieser Unterhandlung nicht erschienen waren, diesen Vertrag zu unterzeichnen. Bringt nun dieser Vertrag auch keine nennenswerten Lohnverbesserungen, so bedeutet er doch in seinen Wirkungen einen unverkennbaren Fortschritt gegen die bisherigen Zustände in diesen Betrieben. In diesen 11 Betrieben, die den Vertrag unterzeichnet haben, arbeiten rund 100 Kollegen. Bis auf einige gehören diese alle unserm Verband an. An den Kollegen wird es nun aber auch liegen, dafür zu sorgen, daß der Vertrag von den Unternehmern genau eingehalten wird. Um aber etwaigen Versuchungen der Unternehmer, den Tarif zu durchbrechen, auch wirksam entgegen treten zu können, bedarf es seitens der Kollegen auch für fernerehin der treuesten Pflichterfüllung ihrer Organisation gegenüber. Denn nur wo der unerschütterliche und feste Wille vorhanden ist, auf dem einmal betretenen Weg der Organisation ohne Wanken weiter zu schreiten, da allein ist auch die Gewähr vorhanden, daß für die Erleichterung unsres Lebens Errungene und Erlämpfte zu erhalten. Nun, Kollegen, ein kleiner Schritt ist es, den wir mit Schaffung dieses Vertrags zur Verbesserung unsrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nach vorwärts getan haben. Noch mancher Vorstoß wird gemacht werden müssen, um auch für uns einigermaßen erträglichere Zustände in den hiesigen Brüchen schaffen zu können. Aus dieser Bewegung dürfte es uns aber auch klar zum Bewußtsein gekommen sein, daß einzig und allein in der Hauptsache nur die Organisation das treibende Element ist, dem Unternehmer, was er uns niemals freiwillig geben wird, abringen zu können. Zeigt deshalb durch treues Festhalten an der Organisation, daß ihr eure Klassenlage erkannt habt, denn nur diese Erkenntnis wird euch in erster Linie die Kraft geben, weitere Erfolge erringen zu können.

Kasselerkassierer. Am 16. Juli fand im Lokale der Burg unsere Mitgliederversammlung statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Kassierer den Kasfenbericht vom 2. Quartal. Die Einnahmen betragen 782.52 Mk., die Ausgaben 578.92 Mk., bleibt ein Bestand von 203.60 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 119. Die Revisoren haben die Kasfe geprüft und für richtig befunden. Es wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Giehl gab den Kartellbericht. Am 26. März d. J. wurde der Antrag angenommen, daß zur Erzielung eines besseren Versammlungsbüchses eine Präsenzliste eingeführt werden solle. Seit ihrem Bestehen sind sieben Versammlungen abgehalten worden, eine Besserung war aber bis jetzt noch nicht zu verzeichnen. Die Liste wurde heute verlesen. 23 Kollegen waren in den Versammlungen nicht anwesend, sogar der Antragsteller besuchte davon nur zwei.

Wabau. Am 21. Juli fand hier eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Der Vorsitzende gab zunächst Bericht über die im Frühjahr stattgefundene Lohnbewegung. Da in diesem Frühjahr flottes Geschäftsgang herrschte, ist es sehr bedauerlich, daß die Kollegen im Oberlande nicht den Mut zeigten, mit vorzugehen. Es wäre ein leichtes gewesen, einen Einheitsbericht durchzuführen. Hierauf erstattete der Kassierer den Kasfenbericht. Die stattgefundene Revision hat alles in bester Ordnung befunden und wurde auf Antrag der Kassierer entlastet. Da es nun bald zu einem neuen Jahre sind, daß die Zahlstelle am hiesigen Orte besteht, so wurde auf Antrag beschlossen, dieses durch ein Stiftungsfest zu feiern. Das Arrangement würde einer

neunglücklichen Kommission überwiesen. Als Festredner soll Kollege Staudinger gewonnen werden. Als Statistiker wurde Kollege Völk gewählt. Berührt wurde, daß immer bestimmte Kollegen bei den Versammlungen durch Abwesenheit glänzen und nie Interesse für Gewerkschaftliches bekunden. In der nächsten Versammlung soll hierzu Stellung genommen werden und soll den säumigen Versammlungsbesuchern bei etwaigen Krankheitsfällen vom lokalen Krankengeld ein Abzug gemacht werden. Ferner soll in vier bis sechs Wochen ein wissenschaftlicher Vortrag gehalten werden.

Der große Kampf.

Ein neues Buch für die deutschen Bauarbeiter. Wenn ein großer Kampf beendet ist, dann ist es notwendig, daß die, die ihn geführt haben — mögen sie nun dabei gesiegt haben oder unterlegen sein — über diesen Kampf nachdenken, daß sie ihn nochmals an ihrem geistigen Auge vorüberziehen lassen und aus ihm für fernere Kämpfe ihre Lehren ziehen. Und da es von den zahlreichen Angehörigen einer Organisation leider nur einem kleinen Teil möglich ist, während des Kampfes selbst alle Phasen des Kampfes genau zu verfolgen und in alle die taktischen Fragen und Probleme einzudringen, deren öffentliche Behandlung sich während des Kampfes von selbst verbietet, so erscheint es angebracht, den Kampf nach seiner Beendigung in seinen Ursachen, seinem Verlauf und seinen Wirkungen von kundiger Feder darzustellen, die vielen zerstreut liegenden Urkunden und Dokumente sammeln und zu einem wohlgeordneten Ganzen vereinigen zu lassen, um so jedem einzelnen Verbandsmitglied und auch der weiteren Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, den Kampf wenigstens in seinen wichtigsten Einzelheiten kennen zu lernen. Eine umfassende Darstellung eines großen Kampfes ist aber auch deshalb notwendig, um die Einzelheiten des Kampfes, die einem im Laufe der Zeit so leicht aus dem Gedächtnis entschwinden, für die Zukunft festzuhalten und dadurch auch unserm Nachwuchs Gelegenheit zu geben, sich in die Arbeitskämpfe der Vergangenheit hineinzudenken.

Diese Gründe haben auch den Vorstand des Bauarbeiterverbandes veranlaßt, die Geschichte der vorjährigen Ausperrung schreiben zu lassen. In einem stattlichen Werk von 288 Seiten schildert uns der Verfasser August Winnig in äußerst anschaulicher Weise auf Grund zahlreicher bekannter und unbekannter Dokumente die Ursachen und den Verlauf des Kampfes. Aber er beschränkt sich keineswegs auf diese Schilderung; denn damit könnte dem Interesse, das der Kampf geweckt hat, nicht genügt werden. Winnig schildert zunächst in höchst interessanter Weise das Wesen und die Entwicklung der Gewerkschaften und der Arbeitskämpfe, deren ursprünglichen Zusammenhang mit den Gesetzen des Klassenkampfes er nachweist, um, wie es im Vorwort heißt, unsern Kollegen zu zeigen, „daß die heutigen Formen des Kampfes nicht das Produkt von Zufall und Willkür sind, sondern daß diese bestimmt werden von sozialen Gesetzen, die keine Macht, sei es Arbeiterschaft oder Unternehmertum, aufheben kann“. Das Buch will die Einsicht der Kollegen in unsere heutigen Kampfmethoden und die Kampfesaktualität wecken; es will zeigen, daß die großen modernen Arbeitskämpfe nicht das Produkt einer fehlerhaften Taktik sind, „daß der Kampf auf generaler Grundlage der Zukunft ist, daß es hier kein Ausweichen, keine Rückkehr zu den älteren Kampfmethoden geben kann, sondern daß sich die Arbeiterschaft darin üben muß, auch mit diesen Methoden fertig zu werden“.

Das zweite Kapitel schildert die Parteien, ihre Gründung, Entwicklung und ihren Charakter. Im dritten Kapitel werden die Kampfvorbereitungen der beiden Parteien und im vierten die ersten Verhandlungen geschildert und durch ausführliches dokumentarisches Material belegt. Das fünfte Kapitel trägt die Ueberschrift Dem Kampf entgegen. In ihm werden die taktischen Erwägungen, die unfruchtbaren brüchigen Verhandlungen, die Unstimmigkeiten im Unternehmerlager und vieles andre mehr behandelt. Das sechste Kapitel handelt von dem Verlauf der Ausperrung, das siebente von der Vermittlung und das achte von dem Friedensschluß. In einem weiteren Kapitel, Nachzudenken, nimmt der Verfasser unter andern Stellung zu den Schwierigkeiten bei Wiederaufnahme der Arbeit, der Denkschrift der Berliner Unternehmer und schließlich zu den Angriffen des „Zimmerer“ auf die Leitungen der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Das letzte Kapitel, Die neue Ordnung, enthält eine Würdigung des Kampfes und seiner Ergebnisse, in ihm beschäftigt sich der Verfasser auch mit der Frage, ob die Gesamtorganisation ihre Zweigvereine zwingen soll, oder richtiger: ob sie sie infolge der Zuspitzung der Arbeitskämpfe nicht zwingen muß, Verträge auf der Grundlage der von der Gesamtorganisation genehmigten Bedingungen abzuschließen. Mit einer kurzen Stellungnahme zur Tarifpolitik der Zimmerer und einem kurzen Ausblick schließt das sehr interessante Buch, dessen Inhalt wir nur in allerknappster Form skizzieren können. A. E.

Literarisches.

Das neue Reichswertzuwachssteuergesetz vom 1. April 1911 und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm. Von Paul Öbber. Preis 75 Pfg. Volksausgabe 25 Pfg. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. — Aus dem Inhalt erwähnen wir: Zur Einleitung. — Der Grundgedanke der Wertzuwachssteuer. — Die Wertzuwachssteuer in den Kommunen. — Die Reichswertzuwachssteuer eine Folge der Reichsfinanzreform von 1909. — Die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Plan eines Reichswertzuwachssteuergesetzes. — Der Regierungsentwurf eines Wertzuwachssteuergesetzes. — Die Arbeiten in der Kommission und im Plenum des Reichstages. — Die hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen Reichswertzuwachssteuergesetzes. — Die schweren Fehler des Gesetzes. — Die Schlussabstimmung über das Gesetz. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditoren und Kolporteurs.

Die Frauen und der politische Kampf! Herausgegeben vom Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis 20 Pfg. Die Broschüre wird unsern Genossen und Genossinnen in der Agitation gute Dienste leisten. Der Inhalt ist folgender: Die Wandlung in den Anschauungen der Frau. — Umfang und Hauptursachen der Frauenerwerbsarbeit. — Fraueninteressen und Politik. — Das Koalitionsrecht und der Arbeiterinnenkampf. — Die Arbeiterversicherung. — Die Zoll- und Steuerpolitik. — Die Liebesgaben. — Der Militarismus und Marinismus. — Das Frauenwahlrecht. — Die politischen Parteien und die Frauen. — Die Pflichten der Frau im politischen Kampf. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Expeditoren.

Oliver Twist. Dieser Roman des berühmten Schriftstellers Charles Dickens findet bei den Lesern der Zeitschrift In Freien Stunden allgemeines Interesse. Mit besonderer Spannung werden auch die Veröffentlichungen des russischen Revolutionärs Gregor Gerschuni verfolgt, der den Lesern ein Bild der entsetzlichen Qualen gibt, die die russischen Freiheitskämpfer in den Gefängnissen zu erdulden haben. — In Freien Stunden erscheint monatlich zum Preise von 10 Pfg. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditoren, Kolporteurs sowie die Postanstalten entgegen.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrady. Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Erscheint in 50 Lieferungen zu je 20 Pfg. Das Abonnement kann jederzeit beginnen.

Deutsche Rundschau für Geographie. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Prof. Dr. Hugo Pfaffinger. 33 Jahrgang 1910/1911. (M. Partlebens Verlag in Wien, jährlich 12 Hefte zu 1.15 Mk. Pränumeration inklusive Frankozusendung 13.50 Mk.) Heft 11.

Die Lohnarbeiterschaft soll sich daran gewöhnen!

Endlich scheint das Mittel, die Lohnarbeiterschaft mit den harten und unhaltbaren Daseinsbedingungen auszuheilen, gefunden zu sein. Die Lohnarbeiterschaft soll sich nicht mehr im verzweifeltsten Ringen mit dem kapitalistischen Ausbeutertum, mit dem Dasein aufreiben, sie soll nicht mehr von dem nagenden Gefühl der Unzufriedenheit verzehrt und nicht mehr von glühendem Unwillen über die schreienden Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ergriffen werden — nein, das alles soll und kann vermieden werden! Die Lohnarbeiterschaft braucht sich ja nur daran zu gewöhnen.

Die Lohnarbeiterschaft soll sich daran gewöhnen, daß sie infolge unsrer das Großgrundbesitzertum begünstigenden Wirtschaftspolitik einen größeren Bruchteil ihres Einkommens für die notwendigen Lebens- und Genußmittel aufwenden muß. Sie soll sich daran gewöhnen, daß durch die wachsende Intensität der Arbeit ein immer größerer Nutzen aus ihrer Arbeitskraft gezogen und die Volksgesundheit damit noch mehr gefährdet wird. Sie soll sich daran gewöhnen, daß Knecht auch Knecht bleiben muß — sie soll sich überhaupt an ihre Rechtlosigkeit und an ihre von allen kapitalistischen Interessengruppen bedrängte und verkümmerte Lebenshaltung gewöhnen. Alsdann werden wieder geordnete und befriedigende Zustände Platz greifen und auch die Lohnarbeiterschaft wird zu den durchsichtigen Trägern der herrschenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gezählt werden können.

Kein geringerer als Herr Dr. Alexander Tille hat dieses Allheilmittel gegen die Unzufriedenheit und Unbotmäßigkeit der „verhetzten“ Lohnarbeiterschaft entdeckt. In der Jahresversammlung der organisierten Haus- und Grundbesitzer, die in der zweiten Hälfte des Monats Juli in Chemnitz tagte, trat er in dankenswerter Weise mit seiner Entdeckung vor die Öffentlichkeit. Nachdem er genügend zum Kampf gegen den „Bodenkommunismus und Wohnungsmoralismus“ aufgerufen hatte, da sagte er:

„Es muß dazu kommen, daß sich die Lohnarbeiter an die Verwendung eines größeren Bruchteils ihres Lohnes auf die Wohnungen gewöhnen, vielleicht durch Einschränkung des Alkoholgenusses.“

Natürlich erkennt Herr Dr. Alexander Tille auch für alle andern kapitalistischen Interessengruppen das Recht an, aus der Gewöhnung der Lohnarbeiter an eine größere Ausbeutung den entsprechenden Nutzen zu ziehen. Denn er erklärte doch ausdrücklich, daß das Hausbesitzergewerbe ein kapitalistisches Geschäft sei wie jedes andre, daß auch der Hausbesitzer die Konjunktur nach Kräften auszunützen habe.

Da hat die schöne soziale Gewöhnungstheorie des einseitigen Herrn Dr. Alexander Tille nun einen Haken. Wohin soll die Lohnarbeiterschaft schließlich gelangen, wenn an ihre Gewöhnungsfähigkeit weiter wie bisher so große Anforderungen gestellt werden? Wohin soll die Gewöhnung an die Verwendung eines größeren Bruchteils des Lohnes für die Lebens- und Genußmittel, für die Wohnungen, kurz für die ganze Lebenshaltung führen, wenn alle kapitalistischen Interessengruppen solch ungeheuerliche Anforderungen an den Lohn der Lohnarbeiter stellen wie die Haus- und Grundbesitzer? Natürlich zum völligen Ruin, zum körperlichen und geistigen Verfall!

Und in der Tat, die Anforderungen der kapitalistischen Interessengruppen an Gut und Blut des arbeitenden Volkes sind ganz ungeheuerlich! So hat Herr Dr. Tille auf der genannten Tagung mit bewunderns- und dankenswerter Offenheit festgestellt, daß das Wohnungsweien im Volkshaushalt heute den fünften Teil ausmacht. Das heißt, die Lohnarbeiter haben schon heute mindestens den fünften Teil ihres Lohnes für die Wohnungen aufzubringen! Und trotzdem soll sich die Lohnarbeiterschaft noch weiter an die Verwendung eines größeren Bruchteils ihres Lohnes für die Wohnungen gewöhnen! Deutlicher und unverhüllter kann wohl nicht mehr die Ausbeutung und Bereicherungssucht der Kapitalisten festgestellt und ge-

brandmarkt werden, eine Bereicherungssucht, die sich zum Opfer der Lohnarbeiterschaft mit ihrem nur zu fargen Lohn auserkoren hat. Bei der „moralischen“ Verwandtschaft der Kapitalisten untereinander ist es nur zu natürlich und selbstverständlich, daß die Hausbesitzer nicht vereinzelt dastehen in ihrem Bestreben, einen möglichst großen Teil des Lohnes der arbeitenden Bevölkerung in ihren Besitz zu bringen. Nein, der Arbeitslohn der Lohnarbeiterschaft ist das willkommene Objekt zur Bereicherung aller Kapitalisten und Ausbeuter, der Unternehmer sowohl wie der Junker und anderer Volksausbeuter, die alle durch den sogenannten „Schutz der nationalen Arbeit“ und andre Maßnahmen dafür sorgen, daß der Lohn der Arbeiter restlos in ihre Taschen fließt. Das alles soll sich nun die Lohnarbeiterschaft ruhig gefallen lassen, sie soll sich daran gewöhnen! Schon Wieland kennzeichnete das so:

Die Kunst, reich zu werden, ist im Grunde nichts anderes als die Kunst, sich des Eigentums anderer Leute mit ihrem guten Willen zu bemächtigen.

Nun sind aber die Künstler in der Ausübung ihrer Kunst zu weit gegangen, wie das Beispiel der Hausbesitzer und der hinter ihnen stehenden Gelddespoten und Spekulanten zeigt. Diese Kunst geht dem arbeitenden Volk denn doch über die Kraft. Denn der Ausspruch Wielands trifft auch auf das industrielle Unternehmertum zu. Das heißt, die Lohnarbeiterschaft kann und will sich nicht an die verstärkten Ansprüche an ihren Arbeitslohn gewöhnen, weil das industrielle Unternehmertum sich nicht daran gewöhnen kann, die Löhne den erhöhten Anforderungen entsprechend aufzubessern, wozu noch kommt, daß die Lohnarbeiterschaft sich auch nicht an den körperlichen und geistigen Verfall gewöhnen kann und will, der sich bei einer konsequenten Befolgung der famosen Gewöhnungstheorie einstellen würde. Deshalb gerade hat ja die Arbeitererschaft zur Selbsthilfe gegriffen und sich starke Organisationen geschaffen, um die Löhne zu heben, damit sie der Verteuerung der Lebenshaltung sowie dem Verfall entgegenwirken kann. Deshalb natürlich die große Feindschaft aller kapitalistischen Interessengruppen gegen die moderne Arbeiterbewegung, weil sie ihnen die Ausübung der Kunst, sich des Eigentums anderer Leute mit ihrem guten Willen zu bemächtigen, zur Unmöglichkeit macht. Doch so oder so, sagen die Volksausbeuter aller Gattungen und -formen den Satz Wielands mit Hilfe ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht in den Satz um:

„Die Kunst, reich zu werden, ist im Grunde nichts anderes als die Kunst, sich des Eigentums anderer Leute mit oder gegen ihren guten Willen zu bemächtigen.“

Dieser Tatsache ist sich die organisierte Arbeiterschaft wohl bewußt. Und es ist gut, daß hierüber Klarheit besteht. Denn nichts ist verhängnisvoller als der Irrtum, daß gegen diese von Menschen geschaffenen Zustände nichts getan werden kann und daß die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht durch eine gerechte und wirkliche Gesellschaftsordnung ersetzbar ist. Es gilt, alle Kräfte anzuspannen, sowie immer neue Kämpfer zu gewinnen für einen Kampf, der dem ungeheuerlichen Treiben aller kapitalistischen Volksausbeuter ein Ziel setzen und der einer gerechten Gesellschaftsordnung die Wege ebnet und wird.

Herr Dr. Alexander Tille aber mag sich mit seiner Gewöhnungstheorie an die Kapitalisten wenden! Die Lohnarbeiterschaft kann und will sich nicht an ein menschenunwürdiges Dasein gewöhnen, das für sie nur Entbehrung, Aufopferung und Ueberlastung bedeutet. Sie will den Gewinn ihrer Arbeit auch selbst genießen: Luft, Licht, Freiheit, Gerechtigkeit, Arbeits- und Lebensfreude. Das kann sie aber nur gegen den Willen der kapitalistischen Gesellschaft mit Hilfe der Organisation!

Die gewerblichen Erkrankungen der Arbeiter.

Ueber dieses aktuelle Thema sprach am 25. Juli in Dresden auf Veranstaltung der Vereinigung für Volkshilf und Kunstpflege im Volkshauslaale Herr Professor Dr. Sommerfeld-Berlin. Der Vorsitzende der Vereinigung,

Gewerkschaftssekretär Seebald, bemerkte einleitend, daß die Vorträge als wertvolle Ergänzung der Hygieneausstellung gedacht seien, auf Grund deren eine kritische Würdigung des dort aufgestellten Materials auf diesem Gebiete erleichtert werden soll.

Der Vortragende führte aus: Die Gefährlichkeit der Berufsaktivität für die Gesundheit des Arbeiters ist in den einzelnen Berufen sehr verschieden. Neben solchen, die keine besonders hervortretenden Erkrankungen aufweisen, gibt es solche, bei denen fast alle Angehörigen einem frühen Siechtum verfallen. Die schweren Schädigungen werden hervorgerufen entweder durch die Arbeitsstätte, die Arbeitsweise oder durch das Arbeitsmaterial. Dies liegt hat dabei den wesentlichsten Einfluß. Natürlich wirken auch oft alle drei Faktoren zusammen.

Um den Schädigungen zu begegnen, muß vor allem für reine sauerstoffreiche Luft gesorgt werden. Der Sauerstoff hält die Verbrennung in unserem Körper aufrecht und damit die Tätigkeit aller seiner Organe. In einem Raume, wo viel Menschen arbeiten, wird der Luft schnell der Sauerstoff entzogen und mit schädlicher ausgetauter Kohlendioxid angefüllt. Es muß deshalb ein entsprechend großer Raum vorhanden sein oder für fortwährende Zuführung frischer Luft gesorgt werden. Es sei wissenschaftlich noch nicht genau festgestellt, wieviel Raum der einzelne Arbeiter im Durchschnitt braucht, aber gewöhnlich vorgeschrieben sind heute 15 Kubikmeter. England verlange nur 11½, dagegen der französische Gelehrte Morré sogar 80 Kubikmeter. Ventiloser, nach dessen Berechnungen 1000 Teile Luft nur einen Teil Kohlendioxid enthalten dürfen, verlange 45 Kubikmeter für jeden. Das mindeste, was man verlangen müsse, seien 15 bis 25 Kubikmeter. Mit 15 könne man sich nur dann zufrieden geben, wenn nicht viel Rauch und Staubentwicklung stattfindet oder frische Luft dauernd zugeführt würde.

Nach diesen Forderungen gäbe es heute sehr viel Arbeitsräume, welche viel zu klein seien. Vor allem dürfen diese sich nicht unter dem Dach oder im Keller befinden, weil hier außerdem eine gute Belichtung fehle.

Weiter komme die Körperhaltung des Arbeiters bei der Arbeit in Frage. Gesund ist nur die abwechselnde Bewegung, die alle Teile des Körpers in Tätigkeit setzt. Jede einseitige Bewegung ist schädlich. Fortwährend stehende Beschäftigung führt zu Blutstagnation in den unteren Gliedmaßen. Plattfüße, die sich zuweilen entzünden, Krampfadern und Unterschenkelgeschwüre treten auf. Bei der ständigen Sitzhaltung wird der Oberkörper vornüber und die Brust zusammengedrückt. Die Lunge kann sich nicht entfalten. Die Spitzen dieser, unter dem Schlüsselbein, werden mangelhaft mit frischer Luft versorgt und bieten so dem Tuberkelbazill günstigen Boden. So kommt es, daß in diesen Berufen viel tuberkulose erkrankte Arbeiter zu finden sind. Weiter wird die Gesundheit gefördert durch regelmäßige Tätigkeit. Untätige Muskeln erschlaffen und schwinden immer mehr. Aber auch der überangelegte Muskel schwindet, besonders durch überlange Arbeitszeit. Man müsse deshalb Arbeitsmaß und Leistung auf das zulässige, die Gesundheit fördernde Maß herabdrücken. Durch die Arbeit der Gewerkschaften sei ja schon viel erreicht worden. Aber gerade in den anstrengenden Berufen finde sich noch vielfach eine überlange Arbeitszeit.

Die Wissenschaftler treten darum für Beschränkung der Arbeitszeit in diesen Berufen ein. Die Arbeitsleistung hänge von der Gesundheit und Kraft des Arbeiters ab, die man deshalb schonen müsse. Man müsse aus diesem Grunde auch die Frauen vor schwerer Arbeit und langer Arbeitszeit schützen, da sie von Natur aus schwächer seien. Die Kinder seien ebenfalls noch mehr wie bisher durch die Beschäftigung zu schützen.

Die schädlichsten Einwirkungen auf die Gesundheit des Arbeiters werden durch das staubverursachende Arbeitsmaterial hervorgerufen. Hierbei zeigt der Vortragende im Sichtbilde den Durchschnitt eines menschlichen Kopfes und Halses. Er demonstrierte, wie der eingatmete Staub an den Wandungen der Nase, der Schilddrüse usw. von den Schleimhäuten aufgefangen und von den schwingenden Blimmerfäden wieder hinausbefördert wird, ehe er in die Lunge gelangen kann. Aber diesen Schutzvorrichtungen ist es nicht möglich, dauernde starke Staubeinatmung vollständig zu paralisieren. So gelangen mehr oder weniger Staubeilchen bis in die Lunge, die dann hier, je nach ihrer mechanischen Beschaffenheit, schwere oder leichte Verletzungen hervorrufen.

Am gefährlichsten ist der Staub des Sandsteines durch seine überaus spitze und kantige Form. Der Vortragende bemerkte, daß nach seinen Feststellungen von 1000 Steinmehnen 900 an Tuberkulose starben. Granit, Glimmer usw. sind weniger gefährlich. Beim Gips ist nur der grobe gefährlich, da sein Staub ebenfalls ziemlich scharf ist. Erkrankungen durch Gipsstaub kommen nur in geringer Zahl vor. Besonders gefährlich ist auch der Staub, der beim Entphosphorieren des Stahles entsteht. Durch diesen werden oft schwere Lungenentzündungen hervorgerufen. Schamotte- und Feldspatstaub wirken ebenfalls verlegend.

Bilder aus dem Gegenwartstaat.

Nur ein Arbeiter.

Der „Grütkläner“, ein schweizerisches Blatt, schreibt: 53 Jahre lang stand der Wegweiser der Schollenen in seinem Amte, wurde neunmal im Dienste von Lawinen verschüttet, vier Personen rettete er aus den Lawinen und heute, am Ende der Strapazen, krank im Spital, erhält er seinen Abschied ohne eine Verabankung im Wort, geschweige in Münze! Die Maschine hat ausgedient!

„Wenn aber irgendwo ein amtlicher Glücker sich unmöglich macht, so gewährt man ihm unter dem Mantel der Liebe und bester Verabankung „aus Gesundheitsrücksichten“ — womöglich noch mit dem Entgelt eines Ruhepensions — den Abschied, und feile Zeitungen erzählen dann noch, wie der Mann im Dienst der Pflicht seine Gesundheit geopfert habe...“, bemerkt leider nicht mit Unrecht Herr Vopp in der Völkisch-Dielsdorfer Wochenzeitung.

Der radikale volksbeglückende Professor als Sachträger.

Der „Pester Lloyd“ schreibt: Auf der Liste der Sachträger der Neumannschen Epitaphfabrik in Arab steht seit einiger Zeit auch der Name des unitarischen Geistlichen und diplomierten Juristen Dr. Johann György, der unverbrochen die schwere Tagelöhnerarbeit verrichtet. Dr. György, ein fanatischer Anhänger Tolstois, ein Apostel des Radikalismus, hat in seinen Bestrebungen, die Idee der Volksbeglückung zu verwirklichen, bereits große Enttäuschungen erfahren. Sein intensives Interesse für Theologie ließ ihn eine Zeitlang in Siebenbürgen als Professor dieses Faches, dann als unitarischen Geistlichen wirken, doch trieb ihn sein Studieneser alsbald nach Oxford, wo er seine philosophischen Kenntnisse erweiterte. Im Laufe weniger Jahre bereiste er Rußland, England und Amerika. Nach seiner Rückkehr in die Heimat erhielt er an dem Kolozsvärer Kollegium der Unitarier die Stelle eines Professors, die er nach dreijähriger Tätigkeit wegen seiner radikalen reformatorischen Ideen wieder verlassen mußte. Seit einem Jahre streifte er als Ar-

beiter im Sande herum und jetzt schleppt er die schweren Rehlücke in Arab. Er bewohnt eine kleine Hütte in der Vorstadt und arbeitet in den Abendstunden an seinem Werke, von dem er viel für die Hebung der Menschheit erwartet.

Wie man schiffbrüchige Mannschaften behandelt.

Vor einigen Tagen ging der Dampfer Elbing VIII. in der Nordsee unter. Der Dampfer kenterte, zehn Menschen ertranken; drei wurden von der Mannschaft der Portia gerettet. Mit dem furchtbaren Kampf mit den Wellen waren die Leiben der Geretteten nicht abgeschlossen. Sie wurden nach Hamburg transportiert und fielen nun unter die Hamburger Behörden. Die „Elbinger Zeitung“ bringt folgende Schilderung der schiffbrüchigen von ihren Hamburger Leiben:

So lebenswürdig und so hilfsbereit die Mannschaft des Dampfers Portia uns armen schiffbrüchigen entgegenkam und uns auch mit Kleidung versorgte, so wenig gastfrei war die Aufnahme in Hamburg selbst, wo man am Montag nachmittags um 2 Uhr eintraf. Wir wurden vom Hafenschutzbeamten zum Seeamt, vom Seeamt zum Seemannsheim geschickt, niemand wollte uns aufnehmen und niemand uns Unterstützung zuteil werden lassen. Schließlich wurden wir im Armenasyl bei mangelhafter Kost untergebracht. Auch dort hegte man gegen uns schwere Bedenken. Die erste Frage an uns klangen war: „Haben Sie auch Ungeziefere?“ Um die Beköstigung etwas aufzubessern, blieb Bremer nur übrig, seinen Ring zu verkaufen; der Ring war das einzige, was er bei dem Untergang des Schiffes zu retten vermocht hatte. Auf ein Telegramm traf aus Königsberg eine Anweisung auf 50 Mk. von Bremer's Frau ein und auf ein weiteres Telegramm sandte die Schichau-Reederei in Elbing ungesäumt 120 Mk. Reisegeld. Für die Heimreise wollten die Hamburger Behörden uns schiffbrüchigen nicht einmal Ausweispassiere ausstellen; dagegen boten sie uns 50 Pfg. Zehrgehd für die Heimreise an, die dankend abgelehnt wurden. Wir hatten uns von der Hamburger Hilfsvereinschaft schiffbrüchigen gegenüber ein andre Vorstellung gemacht, sagten die schiffbrüchigen. Sätten wir das gewußt, dann wären wir in Brunsbüttel ausgeflogen und hätten die Hilfe der dortigen Schichau-Agentur in Anspruch genommen.

Ökalisches Klassenmenschenum.

In den Reisebüchern der „Frankfurter Zeitung“ über: Das Problem des deutschen Ostens lesen wir:

Auf der jüngsten Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses, die in den Pfingsttagen in Danzig stattfand, hat Garnaß das Wort von dem „Existenzminimum an Menschenwürde“ geprägt, das mindestens so wichtig sei, wie das Existenzminimum an Nahrung! Das ist es, was dem Osten mangelt. Denn das Existenzminimum an Menschenwürde unterschreiten alle, die Dienernden, die sich zu tief bücken, aber nicht minder die Befehlenden, die das verlangen. Daraus entspringen dann die ungeheuren sozialen Klaffungen, die den, der lange im Westen gelebt hat, immer von neuem erschrecken und verblüffen. Wenn es in Königsberg, im höchsten ostpreussischen Norden, auch in durchaus nicht billigen Stagenwohnungen keine Dienstmädchenkammern gibt, sondern die „Schlafgelegenheit“ der Mädchen einfach in einer Bettstelle besteht, die über Nacht im Vorplatz aufgeschlagen wird, um am Tage zusammengeklappt in eine Ecke gestellt oder durch eine sinnreiche Vorrichtung in einen Küchenschrank verpackt zu werden; oder wenn in Radowitz, im äußersten ober-schlesischen Süden, der neu erbaute große Bahnhof einen vollständig separat liegenden Seitenflügel für die „Reisenden vierter Klasse“ enthält, wodurch der Eingang, der Wartesaal und sogar der Billetverkauf für diese Menschenklasse absolut von dem Verkehr der Reisenden erster bis dritter Klasse getrennt wird — so sind das eben nur zwei Beispiele für das, was man zwischen diesen beiden Polen der ostdeutschen Grenzlinie auf Schritt und Tritt empfindet: die „Reisenden vierter Klasse“ zählen hier nach der Schätzung der anderen als Subjekte noch nicht mit; sie sind nichts als Objekte, sei es der Herrschaft, sei es der Gleichgültigkeit, sei es, im besten Falle, der Fürsorge; und sie selbst empfinden sich noch vielfach kaum anders. Fährt man auf der Landstraße, so grüßt das Volk (den Wagen, nicht den Insassen), geht man durch eine Fabrikanlage, so zieht alles die Miße (vor dem städtischen Rod, nicht vor seinem Träger). Und diese Ehrfurcht vor dem Hut auf der Stange geht durch alle Stufen und Klassen, nur daß das, was unten ein schweres soziales Grundübel ist, oben immer

Die geistigen Arbeiter in der Großindustrie.

III.

Die Angestellten im Betriebsbureau haben die Aufgabe, den Betrieb zu überwachen, das heißt die eigentliche Produktions-tätigkeit einzuleiten.

Die Leiter der älteren Großbetriebe übertragen dem Werkmeister fast alle Obliegenheiten der Fabrikationsleitung und Verwaltung. Er hatte sich um die Herbeischaffung von Material zu kümmern, hatte das Magazin zu verwalten, die Fabrikation zu leiten, die Akkordpreise festzusetzen, auf Verbesserung von Arbeitsmethoden und Werkzeugen zu stimmen und oft sogar die Betriebsführung mit zu übernehmen.

Der Meister spielte also im Betriebe eine große Rolle. In den Gründerjahren und nach dieser Zeit, in den Jahren des raschen Aufblühens solcher Werte wie Krupp, Siemens, Vorisig, Schwarzkopf sind die ersten praktischen Mitarbeiter der Gründer in einflussreiche Stellungen hineingekommen, oft vollzog sich dann das Avancement: Gehilfe, Meister, Obermeister, mitunter auch Abteilungsleiter.

Dieses System hat zum Zusammenbruch geführt. Die unbeschränkten Funktionen, die man dem Meister übertrug, mußten schließlich zur Folge haben. Der Werkmeister des alten Schlags war eben für seine Funktionen nicht so verwaltschaftlich vorgebildet, wie es hätte sein müssen. „Meisterwirtschaft“ nennt daher der zünftige Fabrikorganisator alle die Unaufräglichkeiten, die unter dem alten Betriebssystem sich bemerkbar gemacht hatten. Die neue Zeit hat für diese Funktionen eine genügende Zahl von Arbeitskräften hervorgebracht, die geeigneter waren.

Der Ingenieur nahm dem Meister immer mehr Funktionen ab, auf der andern Seite war es der Kaufmann, dem die rechnerischen und kaufmännischen Arbeiten übertragen wurden.

Heute hat der Werkmeister nur noch die Aufsicht über den Saal, wenn auch die Arbeiterzahl ungeheuer erhöht wurde. Er bekommt die fertigen Konstruktionen für ein neues Fabrikat vom Konstruktionsbureau, die Werkzeuge und Arbeitsmaschinen werden ihm geliefert, die Arbeitsmethoden angegeben, oft sogar detailliert von der Betriebsleitung die einzelnen Akkordpreise vorgegeben.

Seine Funktion beschränkt sich auf die Beaufsichtigung der Arbeiter und auf die richtige Verteilung der Arbeiten, damit die Lieferungsfristen innegehalten werden können.

In dem Maße, wie die großbetriebliche Arbeitsweise verfeinert wird, mußte auch die Betriebsleitung zu einer sehr kunstvoll durchgeführten Arbeitsgemeinschaft werden. An der Spitze des Werkstattbetriebes steht der Betriebsdirektor, der auch meist ganz zutreffend als Werkstättenvorstand bezeichnet wird. Er hat der Direktion gegenüber die Verantwortung dafür zu tragen, daß erstens billig fabriziert wird, und zweitens eine nennenswerte Ueberschreitung der Lieferfristen nicht stattfindet.

Er hat billig zu fabrizieren. Deshalb hegt er seine Betriebsingenieure und Werkmeister auf die Arbeiter. Die industrielle Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren“ sorgt durch ihren Aufsichts- und Kontrolldienst dafür, daß aus der Arbeiterschaft die höchste Ausnutzung herausgewirkt wird. Im Betriebsbureau müssen die Konstrukteure darauf hinarbeiten, den Produktionsprozeß zu mechanisieren. In allen Stadien wird die Arbeitsmaschine mit Spezialwerkzeugen versehen, um die Produktivität der industriellen Arbeit zu steigern. Die Maschinen sollen aber auch „rationell“ arbeiten, und so wird der Produktionsprozeß „verdichtet“. Dem Arbeiter gegenüber werden Prämiensysteme angewendet, er wird mit Kontrollenrichtungen umgeben, er wird dazu „erzogen“, seine individuelle Höchstleistung herzugeben. Setzt sich der Produktionsvorgang aus Maschinen- und Handarbeit zusammen, so hat der Arbeiter seine Handgriffe möglichst schnell und behende auszuführen, um die Pausen der Maschinenarbeit zu verkürzen. Es findet also mit dem Arbeiter ein Kampf um Arbeitstempo und Arbeitsleistung statt.

Dann aber ist auch terminlicher zu fabrizieren. Die im Großbetriebe notwendige Arbeitsleistung hat Spezialwerkstätten erstehen lassen, hat den Betrieb dezentralisiert, hat den Herstellungsprozeß zu einem komplizierten Netz von Bearbeitungs-methoden ausgebildet. Dieser Produktionsdurchgang muß daher planvoll eingeleitet werden. Im Maschinenbau z. B. müssen zu einer bestimmten Zeit von den Außenpunkten der Spezialwerkstätten die halbfertigen Teile zur fertigen Montage in den Montage raum abgeliefert werden, und sind also hier besonders komplizierte Organisationsaufgaben zu lösen. Denn die Frage der rechtzeitigen Lieferung spielt deshalb hier eine große Rolle, weil die Ueberschreitung der einmal angeetzten Lieferfristen sehr oft mit der Zahlung von hohen Konventionalstrafen verbunden ist. So ist denn der Werkstättenvorstand in seinen Funktionen auch der Organisator höherer Art, der den ganzen ihm unterstellten Troß von Beamten zur Erreichung einer billigen und pünktlichen Produktion zielstrebig durcheinanderwirbelt.

Gerade für die Angestellten der unmittelbaren Betriebsführung ist das Los der industriellen Mittelspersonen am härtesten erfüllt. Durch kunstvolle und raffinierte Methoden sind sie so eingeschnürt, daß sie den Arbeitern gegenüber Antriebsfunktionen verrichten, selbst aber ebenfalls nur als Lohnarbeiter in Abhängigkeit von der Betriebsleitung gefaltet werden.

Für den Werkmeisterberuf habe ich in meinem bereits zitierten Buch: „Der industrielle Großbetrieb“ eine Schilderung davon gegeben, wie man den Werkmeister durch das Funktionsmeisterystem im Sinne des Unternehmers zweckmäßig einspannt.

Im Arbeitsbureau wird der Arbeitsplan bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet. Darin kennzeichnet sich ja überhaupt die moderne Arbeitsweise, daß man das Pensum des nächsten Tages als einen wohlüberdachten Zeitungsplan schriftlich festlegt. Es wird auf dem Papier genau bestimmt, welche Kosten der Arbeitsplan am nächsten Tage bearbeitet werden, welcher Arbeitslohn im einzelnen Falle bezahlt wird, selbst welche Maschinen zur Anwendung kommen und welche Geschwindigkeiten angeschlagen sind. Diese disponierenden Vorarbeiten werden im Arbeitsbureau von vier verschiedenen Werkmeistern vorgenommen, vom Arbeitsvertheiler, Anweisungsbearbeiter, Zeit- und Kostenbeamten und Aufsichtsbeamten.

Im Arbeitsaal selbst aber wird der Werkmeister von allen Schreibarbeiten befreit, er hat sich als Manager (Einpeitscher) und Arbeitskontrollleur hinter die Arbeiter zu stellen. Auch hier arbeiten in genau abgegrenzten Funktionsbezirken vier Meister nebeneinander, der Vorrichtungmeister, der Geschwindigkeitsmeister, der Prüfungsmeister, der Instandhaltungmeister.

Die Vorgänge dieses Funktionsmeisterystems bestehen darin, daß alles, was bisher ein Meister zu erledigen hatte, jetzt in acht Spezialfunktionen (natürlich für einen um so größeren Bezirk) aufgeteilt werden kann. Dadurch erreicht es der Unternehmer, daß die acht Meister, weil sie in Parallelfunktionen eingesetzt sind, sich gegenseitig kontrollieren und anspornen. Jeder Meister hat sein bestimmtes Pensum vorschrittsmäßig zu leisten, jeder Arbeitseifer oder jede Unregelmäßigkeit muß von dem anderen Kollegen dem Betriebschef gemeldet werden. Die einzelnen Funktionen greifen so kunstvoll ineinander ein, daß jede Störung im Arbeitsprozeß sofort zutage tritt. Hier zeigt der Amerikanismus das Prinzip in seiner höchsten Vollendung durchzuführen, die Arbeitsobjekte zwangsläufig einzuplanen und durch eine richtige Abgrenzung der Funktionen eine berartige gegenseitige Arbeitskontrolle einzuführen, daß bei dem Zusammenarbeiten aller Kräfte nachher ein hoher Gesamteffekt erreicht wird.

So ist überhaupt die Stellung der eigentlichen Betriebsbureaueuratie dahingehend zu charakterisieren, daß alle jene Prinzipien zur Erzielung einer profitablen Produktion verwirklicht werden müssen, zu denen die Direktion die Anweisung gibt. Im Interesse des Kapitals hat also hier der industrielle Mittelsmann einen Dispositionsmantel anzuziehen, auf dessen Gestaltung er keinen Einfluß gehabt hat.

Bodenwucher.

„Wenn die Maurer streiken, werden die Wohnungsmieten teurer.“ So lautet eine immer wieder gehörte Behauptung der Unternehmer. Es klingt ja auch so einfach und einleuchtend. Der Hausbesitzer muß die Mieten so berechnen, daß ihm das Kapital, das er ins Haus gesteckt hat, alljährlich einen angemessenen Profit bringt. Je höher der Lohn, den die Maurer kriegen, desto größer das für den Bau aufgewendete Kapital, desto höher müssen folglich die Mieten sein, um den „angemessenen“ Profit zu erzielen.

Denkende Arbeiter werden von vornherein mißtrauisch sein gegen diese scheinbar so einleuchtende Beweisführung. Denn setzt man sie nur ein bißchen weiter fort, so kommt man zu ganz wunderbaren Resultaten. Alle Mieter, also auch alle Arbeiter, also auch die Maurer haben ein Interesse an billigen Wohnungsmieten. Wenn nun hoher Maurerlohn stets hohe Miete nach sich zieht, so müßten die Maurer ein Interesse daran haben, wenig Lohn zu kriegen! Das ist purer Unsinn. Nun könnte man vielleicht sagen: die Maurer müssen ja außer der Wohnung noch viele andre Dinge bezahlen, ihr Interesse an hohem Lohn ist also doch noch größer als ihr Interesse an billigen Mieten. Aber das hilft uns nicht weiter. Denn was für die Maurer gilt, das gilt natürlich auch für alle andern Arbeiter. Sämtliche Waren werden von Arbeitern produziert. Nichts ist die Preise nach den Arbeitslöhnen, so müßten sämtliche Arbeiter Interesse an niedrigen Löhnen haben. — In Wahrheit gibt es eine ganze Menge Gründe, welche die Warenpreise hinauf und hinabtreiben. Daß speziell bei Wohnungsmieten andre Gründe weit stärker wirken, als die Arbeitslöhne, wollen wir heute an einem Beispiel zeigen.

Im Mai dieses Jahres wurde in der Generalversammlung der Berliner Heimstätten-Aktiengesellschaft mitgeteilt, daß gegenwärtig in Berlin und Vororten so viel baureifes Land zum Verkauf angeboten werde, daß der Bedarf für die nächsten 60 bis 65 Jahre gedeckt sei! Ueberdies haben nach der amtlichen Statistik schon im Oktober vorigen Jahres in Groß-Berlin rund 65 000 Wohnungen leer gestanden. Es existiert demnach im Augenblick dort überhaupt kein Bedürfnis, noch neue Wohnungen zu bauen. Und ein Bedarf nach neuem Bauland wird sogar in 1½-2 Menschenaltern nicht eintreten. Trotzdem kann jeder, der nach Berlin kommt, sehen, wie mit fieberhafter Hast in allen Vororten immer weiter und weiter gebaut wird. In jedem Monat, kann man sagen, entstehen ganze Straßenzüge, und kaum sind sie fertig, so werden im Anschluß daran wieder neue Straßenzüge bebaut. Und auch immer neues Gelände wird zum Bauen erschlossen und verkauft. Ist doch erst jüngst das riesenhafte Terrain des Tempelhofer Feldes verkauft worden, und schon werden dort Straßen angelegt, bald wird man mit dem Bauen beginnen, und neue Wohnungen für rund 60 000 Menschen werden dort geschaffen werden. Ebenso geht es aber noch an vielen andern Stellen der Berliner Reichsbildergrenze zu.

Nun hat man uns stets gesagt, daß die Preise der Waren sich nach Angebot und Nachfrage richten. Wer das glaubt, muß erwarten, daß bei solch kolossalem Ueberangebot die Wohnungsmieten in Berlin sabelhaft billig sein müßten. Statt dessen sind sie sabelhaft teuer. Wer nach Berlin überzusiedeln gezwungen ist, zahlt, daß er das Doppelte und Dreifache an Miete zahlen muß, wie in der Provinz, und dafür noch meistens eine schlechtere Wohnung bekommt.

Diesen Stand der Dinge kann man wohl als allgemein bekannt voraussetzen. Weniger bekannt aber dürfte sein, daß dieselben Institute, welche das Tempelhofer Feld angekauft und dafür den ungeheuerlichen Preis von 72 Millionen Mark bewilligt haben, außerdem noch bedeutende Grundstücksinteressen in andern Teilen Groß-Berlins besitzen, daß sie sogar in solchen Engagements einen nicht unwesentlichen Teil ihres Aktienkapitals investiert haben.“ So zu lesen in der „Bank“, einer bürgerlichen Finanzzeitschrift. Klingt das nicht wie ein Stück aus dem Tollhaus? Dieselben Gesellschaften, die schon große Bodenflächen besitzen, die also selbst das übermäßige Angebot von Baugrund verdrängern, laufen noch mehr dazu! Warum sie es taten, darüber sagt die Bank: „Solange das riesige Areal veräußert war und man nicht wissen konnte, wer die Erschließung in die Hand nehmen würde, bildete es tatsächlich eine Gefahr für den Groß-Berliner Grundstücksmarkt.“ Aber nun dieselben Institute die Besitzer sind, haben sie die Preisbestimmung in der Hand. Mit andern Worten: sie haben es gekauft, damit es nicht zu billigeren Preisen in andre Hände kommt. Eine Maßregel, um den Bodenpreis in ganz Groß-Berlin hochzuhalten, war dieser Kauf. Das Geld dazu haben die Institute übrigens keineswegs hergegeben, sondern sie haben eine Aktiengesellschaft gegründet. Wenn es nun wirklich nicht gelingen sollte, die Baustellen zu entsprechend hohen Preisen loszuschlagen, dann wird höchstens keine Dividende gezahlt und der Kurs der Aktien geht zurück. Aber das Terrain wird darum nicht billiger.

Haben sie nun einmal den Grund und Boden, so müssen sie ihn auch „verwerten“. Dies geschieht durch Bebauung, und so erklärt sich das unablässige Weiterbauen trotz des kolossalen Ueberangebots. Es gehört ebenfalls in das System der Mittel, um die Bodenpreise künstlich hochzuhalten. Auf reellem Wege geht es natürlich nicht. So greift man zu einer Methode, die in jedem andern Gewerbe ganz einfach und leicht zu befehlen wäre, im Baugewerbe aber gang und gäbe ist. Müßte der Käufer das Terrain wirklich bezahlen, so könnte er nicht daran denken, die hohen Preise zu bewilligen, an denen allein den Terrainbesitzern liegt. Deshalb „verkauften“ diese ihre Baustellen mit Vorliebe an solche Bauunternehmer, die nichts besitzen. Die können auf jeden Preis eingehen, denn — sie bezahlen ja doch nichts. Und riskiert wird nichts dabei. Der sogenannte „Käufer“ macht eine kleine Anzahlung, und der Rest wird als Hypothek eingetragen, so daß die Terraingesellschaft tatsächlich Besitzerin der Baustelle bleibt.

Nun ist das Geld zum Bauen nötig. Das schießt in der Regel auch der Terrainbesitzer vor. Auch dabei riskiert er nichts, denn er zahlt nur im Verhältnis der schon gelieferten Waren und schon geleisteten Arbeiten, und läßt die gezahlte Summe wiederum als Hypothek eintragen. Von dem Gelde behält gewöhnlich der Bauunternehmer ein Drittel für sich, den Rest zahlt er an die Handwerker und Lieferanten. Was von deren Forderungen damit nicht gedeckt ist, bleibt als Voranschlag stehen, und ist meistens verloren. Denn nach einiger Zeit macht der Unternehmer Bankrott, was nichts anderes bedeutet, als daß das Haus des Hypothekenbesitzer, also dem Terrainbesitzer, wieder zufällt. Die Handwerker und Lieferanten gehen leer aus. Das doch die Berliner Handwerkerkammer eine Liste von nicht weniger als 808 „unzuverlässigen“ Bauunternehmern zusammengestellt, und was das für Exempla sind, lehrt z. B. folgender Brief eines in Berlin ansässigen Dachdeckermeisters: „Habe für die Holz- und Raubbau-Gesellschaft, Berlin, Potsdamer Str. 4, ein Landhaus mit Biberichswägen gekauft. Die Arbeit macht 788 Mark. Geld ist aber nicht zu bekommen, trotzdem ich schon 20mal vorgeschlagen habe. Die Gesellschaft erklärt einfach, sie habe kein Geld, ich soll machen, was ich will. Ebenso hat sie einen mir bekannten Klempnermeister hineingelegt. Die Gesellschaft baut in Neu-Seegefeld feste darauf los und schädigt auch noch andre Handwerker. Wenn ihr der Boden zu heiß wird, zieht sie wieder wo anders hin. Im Uebri-gen ist sie nicht zu finden.“

Indessen ist wohl kaum anzunehmen, daß viele Handwerker bei dem Geschäft wirklich hineinfallen. Sie kennen natürlich den Mummel und werden sich durch höhere Preisberechnung, schlechtes Material und oberflächliche Arbeit schadlos halten. Auf andre Weise könnten sie ja nicht existieren. Und daher erklärt es sich dann, daß bei der „modernen“ Bauweise die Wohnungen nicht nur immer teurer, sondern zugleich immer schlechter werden.

So ist ein ganzes raffiniertes System ausgeklügelt, um die Preise des Grund und Bodens, und damit die Wohnungsmieten künstlich hochzuhalten. Und die Ueberproduktion, die sonst überall zum Preissturz führt, ist hier umgekehrt eines der Mittel der Verteuerung. Denn nur durch das fortgesetzte Bauen ist die andauernde „Bewertung“ des Terrains möglich. Auch die vielen leerstehenden Wohnungen können daran nichts ändern. Wer zuletzt das Haus besitzt, hat — zumeist mit fremdem Gelde — den entsprechend hohen Preis bezahlt und muß den jetzt verzinsen. Er kann also mit den Mieten auf keinen Fall heruntergehen, auch dann nicht, wenn ein großer Teil der Wohnungen leer steht. Damit würde ja die letzte Hoffnung schwinden, das Haus ohne Verlust wieder zu verkaufen.

Terrain Spekulation und schwindelhaftes Bauunternehmertum sind schuld an den teuren Wohnungsmieten, aber nicht die Ehne der Bauarbeiter.

Die erste Pflicht des Staates.

I.

Die Sorge für das physische Wohl der Bürger.

In immer weitere Kreise der Bevölkerung bringt mehr und mehr die Ueberzeugung, daß es die erste Pflicht des Staates ist, für das materielle Wohlergehen seiner Bürger, im besonderen aber für das wirtschaftlich am schlechtesten gestellten Bürger zu sorgen. Diese Ueberzeugung verdrängt sich und muß sich immer mehr zu einer der ersten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung verdrängen, weil nur auf die erhobenen Forderungen hin die allgemeine Aufmerksamkeit auf die trostlose soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung gelenkt wird. Denn es ist wirklich sehr notwendig, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung zu lenken. Wenig, blutwenig ist für die Dehung der sozialen Lage der wirtschaftlich Schwachen geschehen, die hoffnungslos der kapitalistischen Ausbeutung verfallen scheinen — um so mehr, als die Sorge des Staates nur gering ist.

Natürlich wird das von den berufenen und unberufenen Vertretern des kapitalistischen Klassenstaats nicht zugegeben. Im Gegenteil. Nach ihnen ist schon mehr als Überreichlichkeit für die Dehung der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung geschehen, womit nicht nur eine derartige Belastung der Industrie und des Grundbesitzes einhergehen soll, die den Bestehenden eine erfolgreiche Aufrechterhaltung der Betriebe auf die Dauer zur Unmöglichkeit mache, sondern es soll sogar das Staatswohl und die staatliche Selbsterhaltung darunter leiden. Die erste Pflicht des Staates ist nach den herrschenden Mächten nicht die Sorge für das physische, d. i. materielle Wohl der Bürger. Der Staat habe die Aufgabe, das freie Spiel der Produktivkräfte zu garantieren; seine erste Pflicht sei die Selbsterhaltung.

Nun haben es die herrschenden Klassen aber jederzeit sehr gut verstanden und verstehen es auch heute noch sehr gut, ihren Einfluß auf den Staat zur Wahrnehmung ihrer eignen materiellen Interessen nach Kräften auszunutzen. Hat doch gerade das arbeitende Volk dem mächtigen und unheilvollen Einfluß der besitzenden Klassen auf die Regierung die ungeheure und aufreizende Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und Verbrauchsgüter zu danken. Je mehr aber die arbeitende Bevölkerung nach Klassenbewußtsein und zur politischen Regsamkeit heranreift, um so lauter fordern die Mächte der Reaktion als die erste Pflicht vom Staate, sich nicht in das freie Spiel der Kräfte zu mischen und die Pflicht der Selbsterhaltung wahrzunehmen.

Natürlich verstehen die besitzenden und herrschenden Klassen unter der angebliehen Selbsterhaltungspflicht des Staates die eigne Selbsterhaltung. Die Reaktion sucht vor allem ihre politische Vorherrschaft zu erhalten, denn damit kehrt sie sich zugleich die wirtschaftliche Machtstellung. In einem Artikel: „Des Staates erste Pflicht“ führt die „Deutsche Tageszeitung“ in der Abend-Ausgabe vom 2. April 1910 unter anderem folgendes aus:

„Der nächste Zweck und die erste Pflicht des Staates ist die Selbsterhaltung. — Was zunächst das Reichstagswahlrecht anlangt, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Wahlrecht so ungerecht und so unvernünftig ist, wie nur möglich. — Bisher ist es möglich gewesen, mit dem Reichstagswahlrecht schlecht und recht auszukommen. Es hat vorläufig keine erhebliche Gefährdung des ersten Staatszwecks herbeigeführt. Wie lange das noch der Fall sein wird, steht dahin. Wir fürchten, die Zeit wird bald genug kommen in der die Gefährdung der Staatserhaltung durch das Reichstagswahlrecht so stark wird, daß man im Interesse der staatlichen Selbsterhaltung eine Aenderung vornehmen muß.“

Die volle Bedeutung dieser Ausführungen des konservativen Blattes wird erst klar, wenn man sich die konservative Dege gegen die Erbschafts- resp. Nachlasssteuer anlässlich der Reichsfinanzreform vergegenwärtigt. Schonungslos erklärten sie ihr „unannehmbar“. Sie bejähigten die Regierung der Fuldigung des sozialdemokratischen Staatsgedankens, der das Eigentum der Masse der Besitzlosen ausliefern wolle. So führte zur Begründung der ablehnenden Resolution der Landtagsabgeordnete v. Stodhausen im Landwirtschaftsrat, der am 18. Febr. 1900 im preussischen Herrenhaufe tagte, unter anderem folgendes aus:

„Wer bürgt uns dafür, daß bei einer Volksoverretung, wie der Reichstag, die hervorgegangen aus allgemeinen und direkten Wahlen, irgend welche Sicherheit gegeben ist für das Eigentum? — Die Wartikularbeiträge lasten ja schwer auf den Einzelstaaten, aber wenn man sie erhebt, dann bleibt man doch immer noch Herr im Hause und unterliegt nicht der Kontrolle der Vertretung der Massen, die keinen Besitz haben.“

Kurz vorher, am 4. Februar 1900, erklärte bei der Beratung des Nachlasssteuergesetzes in der Finanzkommission des Reichstags der konservative Redner: „Es ist nicht richtig, daß der Besitz unbedingt herangezogen werden muß. Die indirekten Steuerquellen sind längst nicht erschöpft.“

Hier nun war es die erste Pflicht des Staates, dieser brutalen Anschauung der Besitzenden, der alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger huldigen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Zwar gab in der Sitzung der Finanzkommission vom 4. Februar 1900 der Staatssekretär Sydow die Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor an ihrer Vorlage festhalten, da es gerecht und billig sei, neben dem Verbrauch den Besitz zu besteuern. Dennoch unterwarf sie sich der Auffassung der besitzenden und herrschenden Gewalten. Aber selbst die so human klingende Erklärung des Staatssekretärs war nur eine hohle Phrase, die den Beutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes mit dem verhöhnenden Schimmer der sozialen Gerechtigkeit umgeben und die den Besitzenden die Annahme einer geringfügigen Besteuerung des Besitzes erleichtern sollte. Denn von der Regierung war ausdrücklich die Geringfügigkeit der sog. Besitzsteuer hervorgehoben worden, mit dem besondern Hinweis darauf, daß — so sagte der Staatssekretär Sydow in der angezogenen Sitzung — von den Besitzsteuern die Nachlasssteuer die schonendste Form sei. Bei der Besteuerung des Massenkonsums hat man nie nach der schonendsten Form, sondern immer nach dem größten und notwendigsten Verbrauch gefragt.